



Stadt Bern
Direktion für Finanzen,
Personal und Informatik

Personalvorsorgekasse

100. Geschäftsbericht
Jahresrechnung 2009



Vorwort



Dieses Jahr kann die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern ihr 100-jähriges Bestehen feiern. In den vergangenen hundert Jahren ist viel geschehen und sehr Vieles hat sich verändert. Die Personalvorsorgekasse hat zwei Weltkriege, die Ölschocks in den 1970er Jahren oder jüngst die globale Finanzkrise schadlos überstanden. Nur die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre führte zu einer massiven Unterdeckung und machte in der Folge Sanierungsmassnahmen notwendig. Diese Bilanz spricht für die umsichtige Führung der Kasse. Dafür spreche ich an dieser Stelle allen ehemaligen, aber auch den heutigen Kassenverantwortlichen meinen Dank aus.

Wie Stadtrat Dr. Bohren anlässlich der Sitzung des Stadtrats vom 1. April 1910 ausführte, dürfe die Stadt «dieses Vorgehen (Gründung einer Vorsorgekasse) keineswegs als vorbildlich hinstellen; wir haben grössere und kleinere Gemeinwesen, die schon lange vor uns diese Bahn betreten haben» und weiter «von unseren Schwesterstädten sind Basel, St. Gallen uns weit voran». Dass die Stimmbürger der Gründung der Personalvorsorgekasse am 8. Mai 1910 mit einem klaren Mehr von 86% zustimmten, kann daher nicht als Pioniertat bezeichnet werden. Ohne Zweifel war die Gründung aber eine adäquate Reaktion auf ein grosses, durch Industrialisierung und Verstädterung akzentuiertes Problem der damaligen Zeit: drohende Armut im Fall von Alter, Invalidität, Krankheit oder Tod des Versorgers. Vor 100 Jahren arbeiteten die Menschen hart. Häufig solange, bis (Alters-) Krankheit oder Invalidität ihnen die Arbeit verunmöglichten. Erst seit der Einführung der obligatorischen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) auf

Bundesebene am 1. Januar 1948 existiert ein landesweites Pensionsalter. Gegenüber der AHV weist die Personalvorsorgekasse damit immerhin einen Vorsprung von 38 Jahren auf.

Grundpfeiler der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern ist und war die Solidarität zwischen arbeitenden Mitarbeitenden und Rentenbezügerinnen und -bezüger. Von Beginn weg gewährleistete die Personalvorsorgekasse einen vergleichsweise umfassenden Versicherungsschutz, der anfänglich sogar Krankheit miteinschloss. Damals wie heute kann sich das gebotene Leistungspaket sehen lassen.

Bis heute ist es gelungen, die Kasse weiterzuentwickeln und den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Hervorzuheben ist dabei die Verselbstständigung der Personalvorsorgekasse als öffentlich-rechtliche Anstalt am 1. Juli 1990. Die bewährte Anstaltslösung führte zu klaren Zuständigkeiten und zu einem wünschenswerten Autonomiegewinn. Die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern erfüllt als moderne Kasse hohe Anforderungen an das Management und an die Professionalität. Mit der anstehenden Totalrevision des Personalvorsorgereglements werden systematische Finanzierungslücken geschlossen. Ich bin zuversichtlich, dass die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern in eine stabile und finanziell solide Zukunft blicken kann. Sie wird damit weiterhin das Ziel erfüllen, ihren 5000 aktiven Mitgliedern beim Eintritt der Rentenberechtigung, wie auch den 3600 rentenberechtigten Mitgliedern, die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung zu ermöglichen.

Bei der Lektüre der vorliegenden Festschrift, die eingehend auf die Geschichte der Personalvorsorgekasse eingeht, wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Barbara Hayoz,
Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik

Inhaltsverzeichnis

Teil 1 Jahresbericht

1. Organisation und Verwaltung	6
1.1 Verwaltungskommission	6
1.2 Anlagekomitee	6
1.3 Kassenverwaltung	6
1.4 Kassenmedizinischer Dienst	7
1.5 Kontrollstelle	7
1.6 Experte	7
2. Das Geschäftsjahr im Überblick	8
2.1 Allgemeines zur beruflichen Vorsorge	8
2.2 Verwaltungskommission	9
2.3 Anlagekomitee	10

Festschrift

Gründung im Jahre 1910

Die wichtigsten Revisionen

3. Statistische Angaben	21
3.1 Aktueller Bestand Mitglieder und Rentenberechtigte	21
3.2 Bestand Aktive und Rentenberechtigte 1970 – 2009	22
3.3 Finanzielle Übersicht 1973– 2009	23
4. Kapitalanlagen	24
4.1 Anlagestrategie	24
4.2 Vermögensstruktur 2008/2009	25
4.3 Performance in % (Gesamt) 1994 – 2009	26
4.4 Performance in % (nach Anlagearten) 2008/2009	26
4.5 Allgemeine Informationen zur Anlagetätigkeit	27
4.6 Liegenschaftsverzeichnis	31
5. Versicherungstechnische Bilanz	34
5.1 Versicherungstechnische Bilanz 2008/2009	34
5.2 Expertenbestätigung per 31. Dezember 2009	35
6. Bericht der Kontrollstelle	36

Festschrift

Die wichtigsten Revisionen

Teil 2 Jahresrechnung und Anhang

1. Bilanz	50
2. Betriebsrechnung	52
3. Anhang	56

Festschrift

Mitbestimmung der Arbeitnehmenden

Die wichtigsten Zahlen und Fakten

PVK heute und morgen

Teil 1
Jahresbericht

1. Organisation und Verwaltung

1.1 Verwaltungskommission

Amtsdauer ab 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2012 (Stand 31. Dezember 2009)

Arbeitgebendenvertreterinnen und -vertreter

Präsidentin	Gemeinderätin Hayoz Barbara, Direktorin FPI
Mitglieder	Burri Konrad, Leiter Personal BERNMOBIL Meyer Roland, Generalsekretär FPI Rentsch Sonja, Leiterin Zentrale Dienste PRD Gemeinderätin Rytz Regula, Direktorin TVS Dr. med. von Rütte Christoph, Vertrauensarzt PVK

Arbeitnehmendenvertreterinnen und -vertreter

Vizepräsident	Christen Walter, Sekretär VPOD
Mitglieder	Amstutz Stefan, stv. Pflegedienstleiter Alters- und Pflegeheim Kühlewil BSS Bechtiger Bernadette, Bereichsleiterin Erbschaftsamt SUE Hofer Paul, Bauführer Tiefbauamt TVS Kneubühl Bruno, Sektionsleiter Steuerverwaltung FPI Schaller Martin, Leiter Elektro Gas- und Wasserversorgung ewb

1.2 Anlagekomitee

Amtsdauer ab 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2012 (Stand 31. Dezember 2009)

Präsident	Oester Martin, Leiter PVK FPI
Vizepräsident	Raval Fernand, Liegenschaftsverwalter FPI
Mitglieder	Christen Walter, Sekretär VPOD Hofer Harald, Master in Banking and Finance Tschofen Jürg, Leiter Finanzen & Controlling ewb Wirth Sandra, Direktionsadjunktin SUE

1.3 Kassenverwaltung

Leiter der Kasse	Oester Martin
Leiter Vorsorge	Käser David
Leiter Anlagen	Strinati Fabio
Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter	Frey Silvia, Rechnungswesen Roth Marianne, Versicherte Schaffer Fritz, Fachspezialist / Rechnungswesen Schneuwly Marlis Zen Ruffinen Xavier, Architekt

1.4 Kassenmedizinischer Dienst

Dr. med. von Rütte Christoph, Muri, Vertrauensarzt PVK
Oester Martin, Leiter PVK

1.5 Kontrollstelle

Treuhand Messer, Bern und Worb

1.6 Experte

Dr. Ernst Rätzer, dipl. Pensionsversicherungsexperte, Aon Consulting AG

Erläuterung zu den Direktionsabkürzungen

PRD Präsidialdirektion
SUE Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie
BSS Direktion für Bildung, Soziales und Sport
FPI Direktion für Finanzen, Personal und Informatik
TVS Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün



Martin Oester

Leiter PVK
031 321 66 98
martin.oester@bern.ch

2. Das Geschäftsjahr im Überblick

2.1 Allgemeines zur beruflichen Vorsorge

Nachdem das Jahr 2008 noch tiefe Spuren in den Bilanzen der Vorsorgeeinrichtungen hinterliess, war das vergangene Berichtsjahr wiederum ein Jahr der Konsolidierung. Dank den sich ab dem 2. Quartal 2009 positiv entwickelnden Finanzmärkten entspannte sich die finanzielle Situation der Vorsorgeeinrichtungen zunehmend und manche angekündigte Sanierungsübung fiel letztlich nicht ganz so dramatisch aus wie angekündigt. Trotzdem befinden sich die meisten Vorsorgeeinrichtungen weiterhin in einer nicht komfortablen Situation. Die Ertrags-situation ist über einen längeren Zeitraum betrachtet weiterhin angespannt. In den letzten 10 Jahren erzielte der Pictet BVG-25 Index nur gerade eine jährliche Rendite von 2,6%. Kam dazu, dass je höher der Anteil der grundsätzlich besser rentierenden Aktien im Portfolio war, die Rendite desto geringer ausfiel. Aber auch die risikoarmen Anlagen befinden sich auf einem historisch tiefen Renditeniveau. Die 10-jährige Anleihe der Eidgenossenschaft warf Ende Jahr noch gerade einen Zinsertrag von rund 2% ab.

Vor diesem Hintergrund gab auch die vom Parlament geforderte Senkung des Umwandlungssatzes heftig zu diskutieren. Gegen den Beschluss des Parlaments, innert kürzester Zeit eine zweite Senkung des Umwandlungssatzes vorzunehmen, wurde bekanntlich das Referendum ergriffen. Die Vorlage wurde dann auch vom schweizerischen Stimmvolk in diesem Frühjahr deutlich abgelehnt. Das klare Verdikt ist wahrscheinlich vor allem ein Zeichen gegen weiteren Leistungsabbau in der Altersvorsorge, aber auch ein Zeichen des Unbehagens der Bevölkerung gegenüber der zweiten Säule in Bezug auf Transparenz und hohen Verwaltungskosten; vorab der Versicherungseinrichtungen.

In den Eidgenössischen Räten waren zwei Vorlagen in der parlamentarischen Diskussion. Die Verhandlungen zur Vorlage bezüglich der Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen verzögerten sich im Ständerat weiter, nachdem die vorberatende Kommission zusätzliche Abklärungen forderte. Vor allem umstritten ist die vom Bundesrat geforderte Ausfinanzierung aller öffentlich-rechtlichen Kassen

innerhalb von 40 Jahren. Der Ständerat hat inzwischen beschlossen, dass eine Ausfinanzierung auf einen Deckungsgrad von 80% innerhalb von 40 Jahren genüge. Auf das Festlegen eines verbindlichen Zieldeckungsgrades gemäss Vorschlag der Expertenkommission soll verzichtet werden. Weitgehend unbestritten sind die Regelungen bezüglich der weitergehenden finanziellen, organisatorischen und rechtlichen Verselbständigung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen vom Gemeinwesen.

Die zweite Vorlage des Parlaments betrifft die Strukturreform und Massnahmen für ältere Arbeitnehmende. Noch im Berichtsjahr verabschiedete das Parlament die Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarktbedingungen von älteren Arbeitnehmenden. Damit soll möglich werden, dass Versicherte deren Lohn sich nach dem 58. Altersjahr um höchstens die Hälfte reduziert, auf Verlangen die Vorsorge für den bisherigen versicherten Verdienst weiterführen können. Zudem können Vorsorgeeinrichtungen im Reglement eine Weiterversicherung bis zum Ende der Erwerbsfähigkeit, höchstens aber bis zur Vollendung des 70. Altersjahres, vorsehen. Bereits auf den 1. Januar 2010 in Kraft ist die neue Regelung, dass Versicherte beim Austritt zwischen dem frühestmöglichen Pensionierungszeitpunkt und dem ordentlichen Rentenalter die Auszahlung der Freizügigkeitsleistung verlangen können, wenn sie weiterhin erwerbstätig sein wollen. Den Teil zur Strukturreform verabschiedete das Parlament erst im Frühjahr 2010. Damit wird vor allem die Aufsicht und Oberaufsicht der Vorsorgeeinrichtungen neu geregelt. Zudem erhalten die Vorsorgeeinrichtungen zusätzliche Governance- und Transparenzbestimmungen namentlich bezüglich der Offenlegung von Experten und Expertinnen, Anlageberatern und -beraterinnen sowie Anlage-managern und -managerinnen, welche für die Kasse tätig sind.

Im Herbst 2009 hat der Bundesrat beschlossen, den Mindestzinssatz unverändert auf 2% zu belassen.

2.2 Verwaltungskommission

Herr Paul Hofer, Bauführer Tiefbauamt TVS, schied infolge Pensionierung auf den 31. Dezember 2009 aus der Kommission aus. Als Nachfolger wurde Herr Ralf Haldemann, techn. Fachangestellter TVS, gewählt.

Die Kommission trat 2009 fünfmal zusammen. Neben den üblichen Geschäften genehmigte sie den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung für das Jahr 2008 und befasste sich mit den ihr vorgelegten Gesuchen, darunter 13 um vorzeitige Pensionierung oder Teilpensionierung infolge Invalidität.

Sie genehmigte eine Revision der Anlagerichtlinien und eine Anpassung der Teilliquidationsverordnung. Zudem sprach sie sich für die Integration des Werteschriftendienstes in die Personalvorsorgekasse auf den 1. Januar 2009 aus.

Die Kommission nahm im Weiteren eine Ersatzwahl in das Anlagekomitee vor (siehe Kapitel 2.3).

In Zusammenarbeit mit der Verwaltungskommission hat die Kassenverwaltung Vorschläge und Ideen erarbeitet, um das 100-jährige Jubiläum der Personalvorsorgekasse im 2010 gebührend feiern zu können.

Im Frühjahr 2009 erteilte die Kommission der Kasse den Auftrag, die bestehende Anlagestrategie nach den Verwerfungen an den Finanzmärkten auf deren Zweckmässigkeit überprüfen zu lassen. Das Anlagekomitee vergab den Auftrag zur Überprüfung an die Firma Ortec in Zürich. Diese hat dem Anlagekomitee das Ergebnis präsentiert und erläutert. Die Kommission nahm vom Bericht und den Empfehlungen in der November-Sitzung Kenntnis. Eine umgehende Anpassung der bestehenden Anlagestrategie drängt sich nicht auf. Eine neue Asset-Liability-Management-Studie wird aber spätestens im Zusammenhang mit der geplanten Totalrevision des Vorsorgereglements wieder aktuell. Einzelne Optimierungsvorschläge zur Anlagestrategie werden durch das Anlagekomitee vertieft geprüft. Diese Massnahmen können nach Bedarf im Rahmen der bestehenden Anlagerichtlinien umgesetzt werden.

Im Anschluss an die Dezember-Sitzung fand eine weitere Ausbildung der Kommissionsmitglieder statt. Frau Anna-Lisa Oggenfuss, Geschäftsleiterin Rehawork in Zürich, referierte zum Thema «Integration statt Rente».



David Käser

Leiter Vorsorge
031 321 68 07
david.kaeser@bern.ch

2.3 Anlagekomitee

Das Anlagekomitee erfuhr im Berichtsjahr einige personelle Änderungen. Anfang Jahr nahm neu Jürg Tschöfen, Leiter Finanzen & Controlling ewb anstelle von Sonja Rentsch, Leiterin Zentrale Dienste PRD Einsitz im Komitee. Andreas Gerber, der seit Beginn des Gremiums im Jahr 1984 Mitglied war, ist Ende Mai 2009 aufgrund seiner Pensionierung ausgeschieden. Als Ersatz wählte die Verwaltungskommission Sandra Wirth, Direktionsadjunktin SUE. Der neue Leiter Anlagen, Fabio Strinati, nimmt gemäss den revidierten Anlagerichtlinien an den Sitzungen des Anlagekomitees ohne Stimmrecht teil. Per Ende des Berichtsjahres musste aus beruflichen Gründen Harald Hofer, Master in Banking and Finance sein Mandat niederlegen.

Das Anlagekomitee behandelte seine Geschäfte im Jahr 2009 an neun Sitzungen. Nebst den wiederkehrenden Geschäften zur Berichterstattung der Anlagetätigkeit und zur Umsetzung des Anlageplans fasste der Ausschuss 16 Beschlüsse zu Hypothekengeschäften, genehmigte diverse Baukreditabrechnungen und erstellte das Liegenschaftsbudget 2010.

Das Anlagekomitee bereitete zuhanden der Verwaltungskommission eine Revision der Anlagerichtlinien vor. Die Anpassungen wurden notwendig, um die neuen Vorschriften der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV2) sowie der ASIP-Charta zu den Loyalitäts- und Integritätsbestimmungen aufzunehmen. Nachdem der Wertschriftendienst der Finanzverwaltung auf den 1. Januar 2009 aufgehoben wurde, musste zudem die Verwaltung der Wertschriften in die Organisationsstruktur der Kasse integriert werden. Neu werden auch Alternative Anlagen als Ergänzungsstrategien zu den bisherigen Anlagekategorien unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen.

Für die externe Bewertung der Liegenschaften wurde das Mandat im Berichtsjahr neu ausgeschrieben. Die Liegenschaftswerte wurden bisher durch die Liegenschaftsverwaltung graf.riedi, basierend auf den Schätzungen im Jahr 2005 nachgeführt. Gemäss den Anlagerichtlinien sind die Liegenschaften mindestens alle fünf Jahre durch einen unab-

hängigen Gutachter oder eine unabhängige Gutachterin festzusetzen. Die Ausschreibung erfolgte im Einladungsverfahren. Den Zuschlag erhielt die Firma ZIBAG in Muri.

An mehreren Sitzungen beschäftigte das Anlagekomitee, die im Auftrag der Verwaltungskommission durchgeführte Überprüfung der Anlagestrategie. Die Verwaltungskommission folgte letztlich dem Bericht und den Empfehlungen des Anlagekomitees (siehe Kapitel 2.2).

Versuchsweise setzte das Anlagekomitee im letzten Quartal des Berichtsjahres auch die Software jaive ein, welche basierend auf einem quantitativen Modell Entscheidungshilfen zur taktischen Vermögensallokation und zur Frage von Reallokationsmassnahmen gibt. Die ersten Erfahrungen waren durchaus positiv und unterstützten vor allem einen transparenten und nachvollziehbaren Entscheidungsprozess.

Die Vorteile der neuen Immobilien-Portfoliomanagement-Software Vitruvius zeigten sich erstmals bei der Erstellung der Liegenschaftsbudgets für das Jahr 2010. Die Einführung der neuen Software verlief reibungslos. Inzwischen können sowohl die Rechnungen und die Budgets der Liegenschaftsverwalter als auch die neu erstellten Verkehrswertschätzungen vollständig im Vitruvius abgebildet werden.

Bei der Umsetzung der Anlagestrategie lag der Fokus im vergangenen Jahr in der schrittweisen Erhöhung der Aktienquote. Nachdem im Jahr 2008 aus Risikoüberlegungen der Zukauf von Aktien in fallenden Märkten ausgesetzt wurde, startete das Portfolio anfangs Jahr mit einem Aktienanteil von 23%. Im ersten Quartal waren die Aktienmärkte noch stark unter Druck. Ab dem 2. Quartal wurden aber schrittweise Aktien zugekauft, namentlich die aus der Zinsgarantie zugeflossenen Neumittel wurden ausschliesslich dazu verwendet. Zusammen mit der Erholung der Märkte erhöhte sich damit der Aktienanteil bis Ende Jahr auf 28%.

3. Statistische Angaben

3.1 Aktueller Bestand Mitglieder und Rentenberechtigte

Bestand Mitglieder

	Pensionskasse	Sparkasse	Gesamttotal
Bestand 31.12.2008	4 112	787	4 899
Eintritte	520	223	743
Kassenübertritte	31	17	48
	4 663	1 027	5 690
Austritte	- 293	- 135	- 428
Pensionierungen	- 125	- 19	- 144
Todesfälle	- 5	-	- 5
Kassenübertritte	- 17	- 31	- 48
Bestand 31.12.2009	4 223	842	5 065
Veränderungen zum Vorjahr	+ 111	+ 55	+ 166

Bestand Rentner und Rentnerinnen

	Rentner und Rentnerinnen	Ehegatten	Waisen
Bestand 31.12.2008	2 679	904	24
Neurenten	137	54	6
	2 816	958	30
Todesfälle	- 96	- 52	-
Reaktivierungen	-	-	-
Ende Leistungspflicht	-	-	- 3
Bestand 31.12.2009	2 720	906	27
Veränderungen zum Vorjahr	+ 41	+ 2	+ 3

3.2 Bestand Aktive und Rentenberechtigte 1970 – 2009

Jahr	Aktive	Rentner und Rentnerinnen	Ehegatten	Waisen
1970	2 834	747	579	50
1971	2 805	748	574	45
1972	2 808	733	573	42
1973	2 823	746	566	38
1974	2 828	750	577	33
1975	2 840	754	582	36
1976	2 883	756	590	36
1977	2 886	778	596	40
1978	2 853	813	599	39
1979	2 835	834	603	36
1980	2 847	848	600	36
1981	2 843	884	608	39
1982	2 915	910	607	37
1983	2 965	931	613	41
1984	3 015	948	631	39
1985	3 073	997	627	37
1986	3 100	1 018	629	35
1987	3 178	1 041	631	35
1988	3 429	1 073	638	31
1989	3 651	1 114	660	28
1990	4 254	1 176	673	30
1991	5 267	1 732	840	36
1992	5 314	1 784	869	35
1993	5 269	1 862	872	33
1994	5 210	1 901	886	39
1995	5 124	1 977	897	46
1996	5 078	2 043	892	41
1997	5 014	2 082	907	41
1998	4 988	2 115	904	44
1999	4 897	2 177	905	42
2000	4 738	2 239	913	40
2001	4 687	2 304	912	42
2002	4 691	2 334	904	44
2003	4 835	2 382	917	39
2004	4 965	2 414	908	49
2005	5 185	2 480	939	27
2006	5 352	2 551	932	23
2007	5 349	2 596	920	24
2008	4 899	2 679	904	24
2009	5 065	2 720	906	27

Anmerkung: Bestände inkl. Sparkasse (ab 1991)

3.3 Finanzielle Übersicht 1973–2009

Jahr	Versicherte Löhne	Ausbezahlte Renten	Verfügbares Vermögen	vers. techn. Fehlbetrag/Überschuss	Deckungsgrad in %
1973	58 834 249	14 011 387	194 785 877	- 58 504 533	80.57
1974	59 800 777	14 440 060	207 756 598	- 57 429 909	81.49
1975	68 313 612	16 780 376	225 066 712	- 71 253 596	79.80
1976	69 674 031	17 085 440	242 613 714	- 70 114 556	80.72
1977	69 852 310	17 490 964	260 196 748	- 65 769 719	82.24
1978	69 013 645	18 105 456	275 408 140	- 65 036 669	82.79
1979	69 049 321	18 795 794	290 122 650	- 63 989 064	83.35
1980	72 618 617	19 169 777	307 536 490	- 65 196 954	83.79
1981	72 820 097	19 786 381	326 247 324	- 63 384 394	77.78
1982	74 326 414	20 544 737	344 728 208	- 97 124 974	78.98
1983	98 304 582	27 539 363	367 544 852	- 131 519 382	78.36
1984	99 786 121	28 366 222	390 048 206	- 130 898 740	78.91
1985	120 365 955	33 037 840	432 048 055	- 147 925 289	79.74
1986	122 494 292	35 031 529	466 254 116	- 123 946 065	83.21
1987	124 736 277	36 053 096	511 931 892	- 106 864 437	85.99
1988	134 643 196	37 834 441	573 939 849	- 86 639 529	89.17
1989	152 264 857	40 539 193	641 629 941	- 109 444 787	87.64
1990	187 982 836	43 941 847	720 148 148	- 241 875 304	79.63
1991	212 308 780	56 586 567	943 453 343	- 258 464 178	80.26
1992	215 681 994	63 071 950	1 039 065 015	- 185 691 081	86.02
1993	217 740 293	67 880 375	1 114 628 350	- 174 316 874	87.44
1994	224 423 389	71 940 329	1 177 521 926	- 180 025 593	87.60
1995	221 725 247	74 344 314	1 222 485 880	- 199 944 756	86.78
1996	222 785 548	77 774 884	1 292 845 040	- 193 719 471	87.64
1997	220 178 723	79 620 298	1 364 955 972	- 156 570 960	90.20
1998	217 240 619	81 624 668	1 440 741 144	- 106 274 041	93.44
1999	217 958 445	83 457 154	1 535 723 435	- 45 537 974	97.25
2000	214 183 194	84 672 375	1 542 314 687	2 888 426	100.18
2001	216 583 968	88 219 925	1 441 960 359	- 125 209 676	92.32
2002	221 413 716	90 225 743	1 433 017 230	- 178 976 650	89.40
2003	226 159 883	92 181 498	1 540 286 960	- 124 038 670	92.81
2004	234 233 776	93 641 073	1 668 106 744	- 89 680 128	94.90
2005	239 764 537	96 633 020	1 854 221 759	44 546 464	102.46
2006	243 264 926	99 510 687	1 943 147 458	96 137 804	105.21
2007	245 660 968	102 167 154	1 960 114 382	91 408 287	104.89
2008	219 114 782	104 584 798	1 692 602 158	- 119 380 719	93.41
2009	230 362 707	106 242 227	1 757 549 792	- 76 707 247	95.82

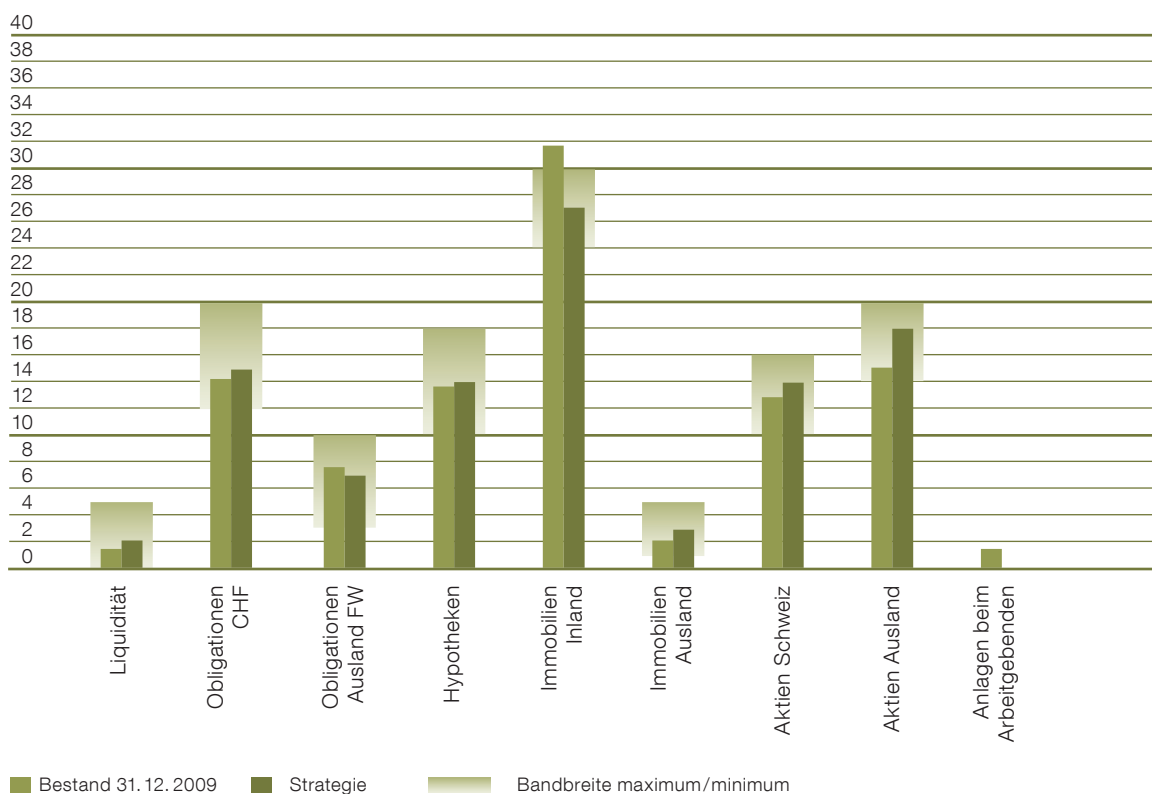
Anmerkungen:

- Zahlen inkl. Sparkasse (ab 1991)
- Einbau der Teuerungszulagen in die Renten (1973, 1983 und 1985)
- Herabsetzung des Rentenalters von 65 auf 63 Jahre (1990)
- Deckungsgrad ab 2002 inkl. Schwankungsreserven

4. Kapitalanlagen

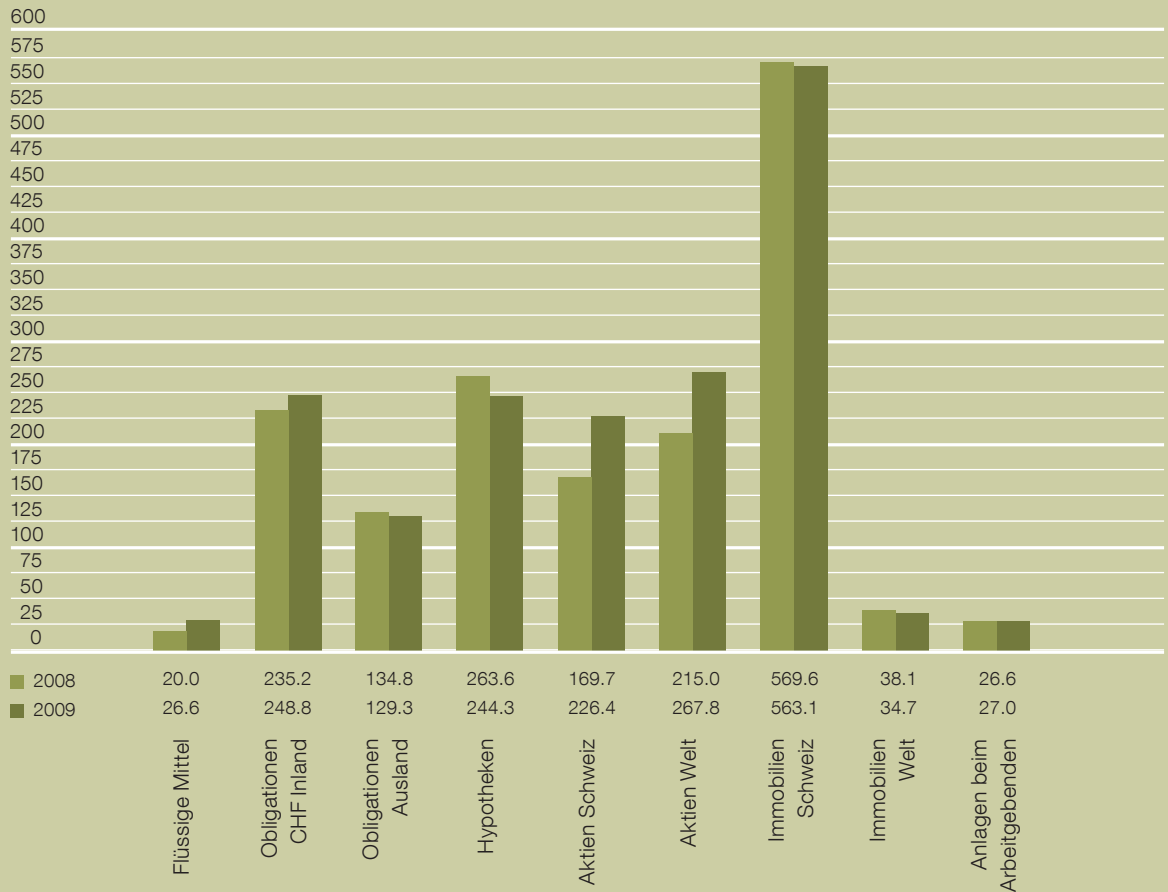
4.1 Anlagestrategie

	Bestand 31.12.2009 in %	Strategie in %	Bandbreiten in %
Liquidität	1.5	2	0.0 – 5.0
Obligationen CHF	14.1	15	12.0 – 20.0
Inland	6.4		
Ausland	7.7		
Obligationen FW	7.3	7	3.0 – 10.0
Euro	2.9		
Welt (ex. Euro)	4.4		
Hypotheken	13.8	14	10.0 – 18.0
Immobilien	33.8	30	25.0 – 35.0
Inland	31.8	27	24.0 – 30.0
Ausland	2.0	3	1.0 – 5.0
Aktien Schweiz	12.8	14	10.0 – 16.0
Diverse	11.9		
Private Equity	0.9		
Aktien Ausland	15.1	18	14.0 – 20.0
Welt (ex. CH)	11.7		
Private Equity	3.4		
Anlagen beim Arbeitgebenden	1.5	0	0.0 – 0.0

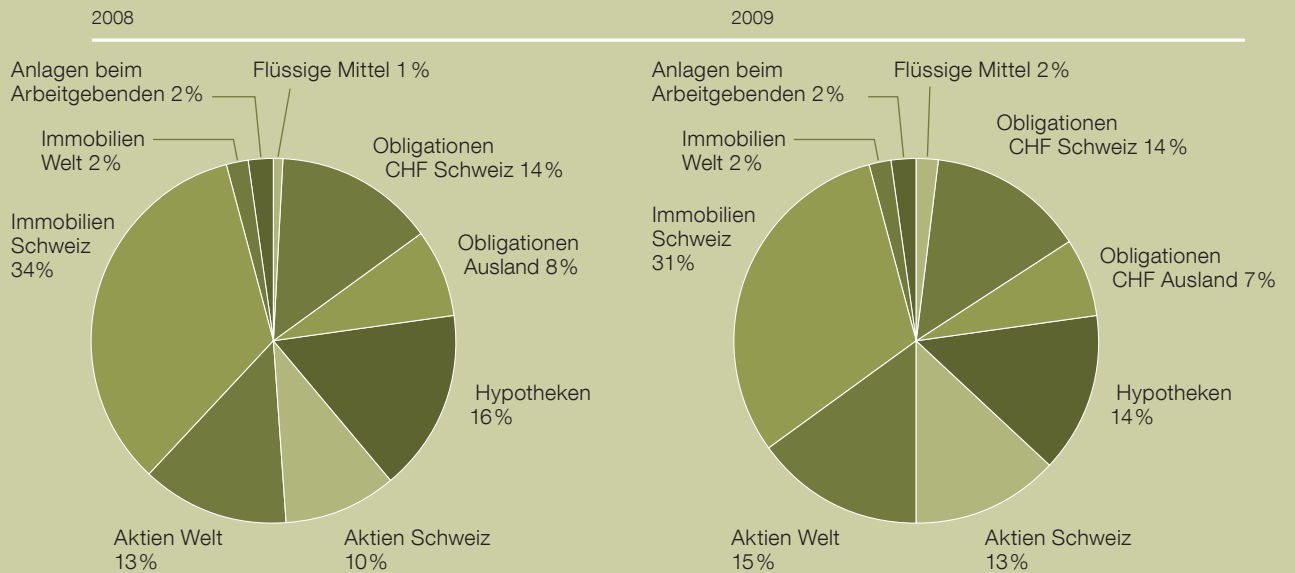


4.2 Vermögensstruktur 2008/2009

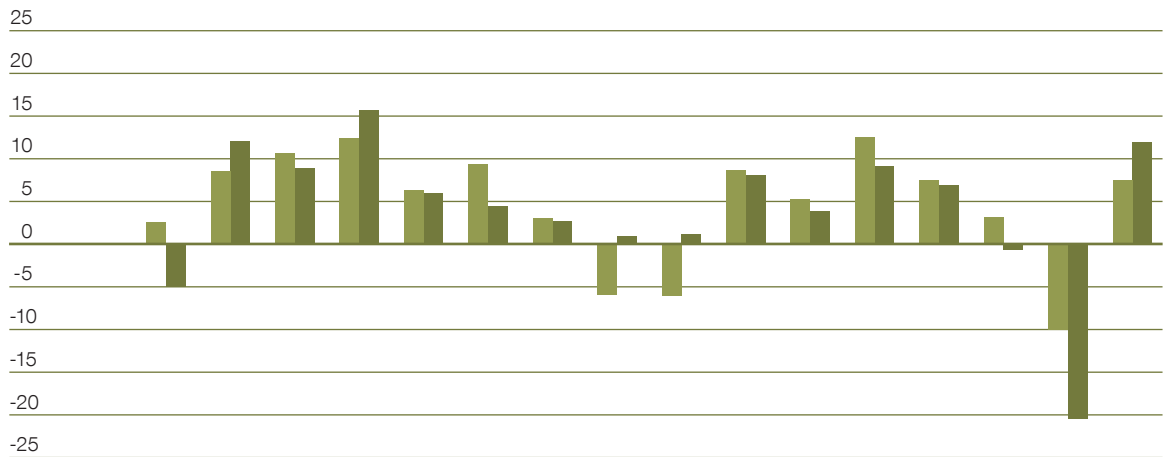
4.2.1 In Millionen CHF



4.2.2 In Prozent



4.3 Performance in % (Gesamt) 1994 – 2009

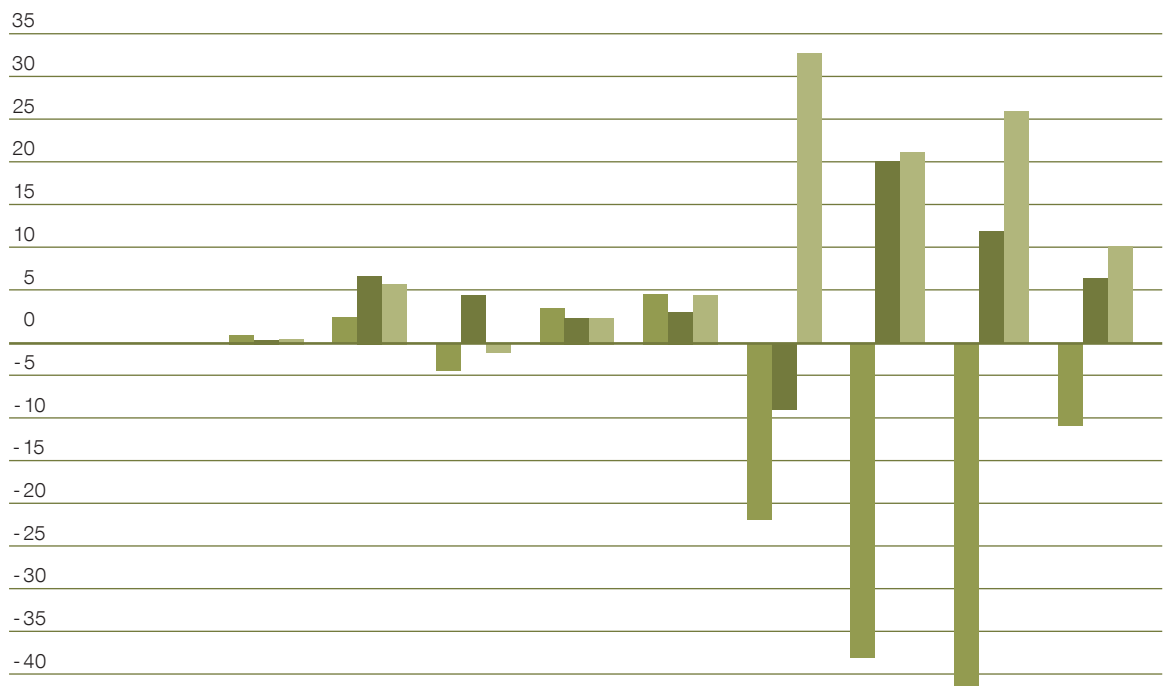


	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
■ Performance	2.5	8.1	10.7	12.4	6.9	9.1	2.9	-6.0	-6.3	8.1	5.2	12.5	7.5	3.2	-10.0	7.1
■ INDEX	-5.0	12.3	8.5	16.0	6.4	4.5	2.7	-0.9	-1.2	7.8	4.3	9.3	7.1	-0.4	-20.7	11.8

Bis 2008: INDEX = BVG-40 plus (Pictet BVG-Indizes 2005)

Ab 2009: Customized Index PVK Stadt Bern

4.4 Performance in % (nach Anlagearten) 2008/2009



■ PVK 2008	1.07	2.84	-3.62	4.11	5.33	-21.32	-37.30	-40.57	-10.00
■ PVK 2009	0.35	7.39	5.17	2.69	2.90	-8.59	21.66	14.03	7.08
■ Benchmark 2009	0.49	6.20	-1.03	2.64	5.11	34.28	23.18	27.21	11.83
	Flüssige Mittel	Obligationen CHF	Obligationen FW	Hypotheken	Immobilien Schweiz	Immobilien Ausland	Aktien Schweiz	Aktien Ausland	Performance gesamt

4.5 Allgemeine Informationen zur Anlagetätigkeit

4.5.1 Wirtschafts- und Börsengeschehen

Nach dem ›annus horribilis‹ 2008 standen zu Beginn des Jahres 2009 zahlreiche Fragen im Raum, welche schwer auf der Wirtschaft und den Finanzmärkten lasteten. Drohte eine lange und tief greifende Rezession? Würde das internationale Finanzsystem dem Druck standhalten, der durch die Abschwächung zahlreicher bedeutender Akteure entstanden war? Und waren die bisherigen Anlageregeln überhaupt noch gültig? Das Vertrauen schwand aus dem System und der Geld- und Kreditfluss kam ins Stocken. Liquidität wurde gehortet, Investitionsprojekte wurden gestoppt und Hypothekenanträge wurden eingefroren. Trotz dieser Ungewissheiten bewegten sich die Aktienmärkte bereits ab März wieder nach oben. Was hatte zu diesem Umschwung geführt?

Um die Kreditklemme zu entschärfen und um eine Abwärtsspirale im Finanzsektor abzufedern, senkten die Notenbanken die Leitzinsen auf historische Tiefststände und stellten so als «Lender-of-the-last-Resort» die von den Banken nachgefragte Liquidität in unbeschränkter Höhe bereit. Ebenfalls griffen die politischen Behörden mit beherzten Massnahmen ein und starteten konjunkturbelebende Programme.

Die Wirkung dieser Eingriffe resultierte in einer nach und nach wieder besser laufenden Wirtschaft. Die wirtschaftlichen Daten hellten sich auf und die Konjunkturprognosen wurden im Laufe des Jahres nach oben revidiert. Die Börse nahm diese Entwicklung mit dem Anstieg Mitte März einmal mehr voraus. Seither haben die Wirtschaftsdaten, wenn auch nach Ländern recht unterschiedlich, belegt, dass durch die Notenbank- und Staatsinterventionen das Schlimmste verhindert werden konnte. Tiefe Zinsen und eine fortgesetzte Konjunkturerholung sind für Aktien eine günstige Kombination.

Die weitere Zinsentwicklung wird allerdings davon abhängen, wann und in welchem Umfang die Notenbanken die sehr grosszügig gewährte Liquidität abschöpfen werden, um so die Entwicklung einer unerwünschten Inflation zu verhindern.

Neben den Aktienmärkten profitierten auch andere Anlagensegmente. So konnte mit festverzinslichen Anlagen – dank tieferer Zinsen und rückläufiger Creditspreads (Anstieg der Bonität der Obligationenschuldner) – ebenfalls positive Renditen erwirtschaftet werden. Der stark angeschlagene Immobilienmarkt USA zeigte erste Anzeichen der Erholung im Wohnsektor, jedoch noch nicht im Bereich von Geschäftsliegenschaften.

Ein unter äusserst günstigen Bedingungen gestartetes Anlagejahr konnte schliesslich unerwartet positiv, also mit starken Kursgewinnen an den Aktien- und Obligationenmärkten abgeschlossen werden.

4.5.2 Wertschriftenbestand

Obligationen CHF

Diese Anlagekategorie wird als aktives Mandat durch die Berner Kantonalbank bewirtschaftet. Der Benchmarkindex «SBI AAA-A» erreichte eine Performance von 6.20 %. Die Mandatsbank konnte diese Benchmark mit 7.39 % deutlich schlagen. Rückläufige Zinsen und die vom Markt wieder höher eingestufte Qualität der Emittenten führten zu einem regelrechten Kursrally in Obligationen. Im Q4 ist im Sinne einer Portfoliobereinigung die Anlagegruppe CSA Obligationen veräussert worden. Dadurch konnte ein Kursgewinn erzielt werden.

Obligationen Fremdwährungen

Dank den rückläufigen Zinsen wie auch dank des gestiegenen Vertrauens in die Obligationenschuldner haben die Obligationen von Emittenten in fremder Währung stark zugelegt. Im Rahmen des Rebalancings und im Hinblick auf spätere mögliche Zinsanstiege sind im Q4 durch Verkäufe Gewinne realisiert worden. Die einzelnen Anlagestiftungen konnten die Benchmark durchwegs outperformen, die Beimischung von Wandelanleihen hat der Anlagekategorie eine zusätzliche Mehrrendite gebracht. Die Anlageklasse hat mit 5.17 % den Benchmark von -1.03 deutlich geschlagen.

Aktien

Der Core-Teil der Aktienanlagen wird über semipassive Mandate bewirtschaftet. Im Q2 und Q3 sind die Mandate Aktien Schweiz und Aktien Ausland mit je CHF 20 Mio. erhöht worden. Die Performanceentwicklung lag wie zu erwarten war im Bereich der Benchmarkentwicklung. Trotz der Erhöhung der Aktienquote um CHF 40 Mio. blieb die Anlageklasse relativ zur Strategie untergewichtet. Als nicht börsenkotierte Werte konnten die Private Equity Anlagen noch nicht von den starken Kurserholungen profitieren. Bei weiter sich bessernden Aktienmärkten werden für die Private Equity Anbieter Exits und IPO's wieder möglich sein, ebenfalls werden mit der Konjunkturerholung auch die Nettoinventarwerte sich verbessern. Private Equity Anlagen haben selbst nach den Korrekturen von 2007/2008 auf längere Sicht den Gesamtmarkt geschlagen. Das generelle Untergewicht in den Aktien und die Korrektur an den Private Equity Märkten führen zu einer starken Unterperformance der Aktien relativ zur Benchmark.

Hypotheken

Die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern ist an einem qualitativ guten Portfolio interessiert. Marktkonforme Zinsen und eine gewissenhafte Kreditprüfung bleiben für die Kasse zentrale Anliegen. Der Nettobestand an direkten Hypotheken hat im Berichtsjahr von 171 241 545.10 auf 156 407 791.05 abgenommen. Aus Diversifikationsgründen sind ergänzend zum Portefeuille mit den direkten Hypotheken auch Mittel über indirekte Hypotheken, also über Fonds investiert. Die Anlageklasse Hypotheken hat einen Ertrag von 2.69% erreicht.

Immobilienstiftungen und -fonds

Mit Immobilienfonds Schweiz konnten im Berichtsjahr einmal mehr stabile Performanzenwerte erreicht werden. Der KGAST Immo Index erreichte eine Performance von 5.11%. Das Immobilienportfolio erreichte 6.14%.

Aus Gründen der Diversifikation hat die Kasse in den vergangenen Jahren in ausländische Immobilienfonds investiert. Das Immobilien Ausland Portfolio ist mit 2% im Aufbau, das Ziel liegt bei 3%. Die Korrekturen an den internationalen Immobilienmärkten bieten der Kasse auf langfristige Sicht interessante Einstiegskurse. Die mit den ausländischen Immobilienfonds erreichte Performance im abgelaufenen Jahr betrug -8.59%.



Fabio Strinati

Leiter Anlagen
Stadt Bern
031 321 66 92
fabio.strinati@bern.ch

4.5.3 Immobilien (Direktanlagen)

Im Berichtsjahr wurden folgende Liegenschaften in Bern, Liebefeld und Zollikofen saniert:

Wangenstrasse 49, Bern:

Bei der im 1979 gebauten Liegenschaft wurde die gesamte Gebäudehülle energietechnisch saniert. In 30 Wohnungen wurden die Küchen und Bäder inkl. Ver- und Entsorgungsleitungen erneuert. Die Sanierung wurde mehrheitlich in bewohnten Zustand durchgeführt.

Neumattweg 3, Liebefeld:

Die aus dem Jahr 1950 stammende Liegenschaft mit 8 Wohnungen, wurde einer kompletten Innen-sanierung unterzogen.

Aarhaldenstrasse 2 und 4, Zollikofen:

Es wurden die Küchen und Bäder inkl. Ver- und Entsorgungsleitungen saniert. Das bestehende Schrägdach wurde neu eingedeckt und die Fassade erhielt einen neuen Anstrich.

Zudem wurden im Berichtsjahr die Miteigentums-anteile von 5.5% am Einkaufszentrum La Gottaz, Morges verkauft.

4.5.4 Nachhaltige Vermögenanlagen

Gemäss den Anlagerichtlinien unterstützt und fördert die Kasse den Aspekt der Nachhaltigkeit in der Vermögensbewirtschaftung, sofern dabei auch eine marktgerechte Rendite erzielt werden kann. So ist die Kasse beispielsweise grösster Aktionär bei der New Value AG, einer Private Equity Beteiligungsgesellschaft, welche grossen Wert auf ethische Unternehmenskonzepte, soziale und ökologische Verträglichkeit sowie gute Corporate Governance legt.

Im Rahmen von Bausanierungen wird grosses Gewicht auf die energietechnische Erneuerung der mehrheitlich älteren Liegenschaften gelegt. Erneuerbare Energien werden primär bei der Warm-

wasseraufbereitung eingesetzt, falls dies technisch und wirtschaftlich realisierbar ist.

Zur besseren Wahrnehmung der Aktionärsrechte und zur Förderung einer guten Corporate Governance ist die Personalvorsorgekasse Mitglied des «Ethos Engagement Pool». Diesem Zusammenschluss gehören inzwischen über 40 Pensionskassen an, die mit den 100 grössten Unternehmen der Schweiz einen aktiven und direkten Dialog für eine gute Corporate Governance und nachhaltige Entwicklung führen. Dies mit dem Ziel für die Aktionäre langfristig den Unternehmenswert zu steigern.



Fritz Schaffer

Sachbearbeiter/Buchhalter

031 321 65 85

fritz.schaffer@bern.ch

4.6 Liegenschaftsverzeichnis

PLZ / Ort	Objekt/Adresse	Baujahr	Anzahl Wohnungen	Verwaltung	Art der Liegenschaft
3007 Bern	Aarhaldenstrasse 3, 3a	1953	2	graf.riedi AG	Doppeleinfamilienhaus
3007 Bern	Aarhaldenstrasse 5, 5a	1953	2	graf.riedi AG	Doppeleinfamilienhaus
3008 Bern	Bahnstrasse 59	1960	42	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3008 Bern	Bahnstrasse 79	1960	42	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3018 Bern	Bernstrasse 45, 47, 49	1968	48	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3013 Bern	Blumenbergstrasse 34	1962	10	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3006 Bern	Bolligenstrasse 46a	1984	10	von Graffenried AG	Mehrfamilienhaus
3008 Bern	Effingerstrasse 19	1930		Privera AG	Gewerbehaus
3007 Bern	Eichmattweg 5, 7	1916 – 1921	20	Chèvre Rutsch & Herren	Mehrfamilienhaus
3007 Bern	Eigerplatz 10, 12	1916 – 1921	22	Chèvre Rutsch & Herren	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3018 Bern	Fröschmattstrasse 20, 22	1952	12	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3018 Bern	Fröschmattstrasse 24, 26	1952	12	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3011 Bern	Gerberngasse 7, 9, 9a	1934	24	Erich Weber AG	Mehrfamilienhaus
3014 Bern	Haldenstrasse 105 a-b	2003	4	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3014 Bern	Haldenstrasse 145 – 149	1981	21	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3018 Bern	Heimstrasse 70	1948	8	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3027 Bern	Holenackerstrasse 7	1981	16	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3007 Bern	Hopfenweg 54	1921	11	Chèvre Rutsch & Herren	Mehrfamilienhaus
3008 Bern	Huberstrasse 14	1957	15	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3008 Bern	Huberstrasse 16	1957	15	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3013 Bern	Kasernenstrasse 46	1904	5	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3006 Bern	Kasthoferstrasse 40 – 44	1967	42	Erich Weber AG	Mehrfamilienhaus
3006 Bern	Kasthoferstrasse 46 – 50	1967	46	Erich Weber AG	Mehrfamilienhaus
3018 Bern	Lagerhausweg 30	1987		Wotreva AG	Gewerbehaus
3011 Bern	Monbijoustrasse 23	1906	3	Erich Weber AG	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3006 Bern	Muristrasse 60	1928		graf.riedi AG	Gewerbehaus
3013 Bern	Papiermühlestrasse 2	1948	11	Erich Weber AG	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3014 Bern	Rütlistrasse 10	1978	17	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3014 Bern	Rütlistrasse 13	1954	9	Wotreva AG	Mehrfamilienhaus
3007 Bern	Sandrainstrasse 91 – 97	2006	21	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3008 Bern	Schlossstrasse 141	1948	10	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3008 Bern	Schlossstrasse 143	1948	10	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3007 Bern	Schwarzenburgstrasse 2, 4	1916 – 1921	24	Chèvre Rutsch & Herren	Mehrfamilienhaus
3007 Bern	Schwarzenburgstrasse 6	1916 – 1921	12	Chèvre Rutsch & Herren	Mehrfamilienhaus
3007 Bern	Schwarztorstrasse 107	1961	12	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3013 Bern	Spitalackerstrasse 24, 24a	1966	20	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3013 Bern	Spitalackerstrasse 67	1910	4	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3013 Bern	Spitalackerstrasse 69 / Optingenstrasse 56	1910	10	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3012 Bern	Stadtbachstrasse 38	1871	4	Erich Weber AG	Mehrfamilienhaus

PLZ / Ort	Objekt/Adresse	Baujahr	Anzahl Wohnungen	Verwaltung	Art der Liegenschaft
3014 Bern	Standstrasse 20, 22 / Wylerfeldstrasse 29	1944	18	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3014 Bern	Standstrasse 31	1934	10	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3007 Bern	Sulgenrain 12, 14 / Giessereiweg 5	1986	32	Chèvre Rutsch & Herren	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3014 Bern	Waffenweg 25	1925	11	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3027 Bern	Waldmannstrasse 61, 61a	1964	100	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3018 Bern	Wangenstrasse 41	1979	12	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3018 Bern	Wangenstrasse 43	1979	18	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3018 Bern	Wangenstrasse 45	1979	21	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3018 Bern	Wangenstrasse 49	1979	30	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3018 Bern	Weidgasse 1	1979	21	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3018 Bern	Weidmattweg 1, 3	1925	14	von Graffenried AG	Mehrfamilienhaus
3018 Bern	Werkgasse 57, 59	1948	16	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3014 Bern	Wiesenstrasse 83	1957	12	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3014 Bern	Winkelriedstrasse 7, 7a	1967	69	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3014 Bern	Wylerfeldstrasse 36, 38	1946	16	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3014 Bern	Zelgstrasse 9	1949	6	Wotreva AG	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3067 Boll	Unterer Strassackerweg 3–9	1992	21	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3067 Boll	Unterer Strassackerweg 1, 13	1995	12	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3065 Bolligen	Hühnerbühlstrasse 20, 20a	1975	15	von Graffenried AG	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3047 Bremgarten	Freudenreichstrasse 31	1969	24	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3047 Bremgarten	Freudenreichstrasse 33	1970	24	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3047 Bremgarten	Ländlistrasse 30, 32	1965–1968	12	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3047 Bremgarten	Ländlistrasse 34, 36	1965–1968	12	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3047 Bremgarten	Ländlistrasse 38, 40	1965–1968	12	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3047 Bremgarten	Ländlistrasse 42, 44	1965–1968	12	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3047 Bremgarten	Rüttiweg 40, 42	1965–1968	12	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3047 Bremgarten	Rüttiweg 44, 46	1965–1968	12	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3032 Hinterkappelen	Kappelenring 54 c–d	1977	24	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3098 Köniz	Fliederweg 6	1954	5	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3098 Köniz	Fliederweg 8	1954	5	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3098 Köniz	Landorfstrasse 44	1954	8	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3097 Liebefeld	Neumattweg 3	1950	8	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3097 Liebefeld	Wabersackerstrasse 84, 86	2007	20	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3097 Liebefeld	Wabersackerstrasse 90, 92	2007	20	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3302 Moosseedorf	Moosbühlstrasse 23–27	1988	21	von Graffenried AG	Mehrfamilienhaus
3302 Moosseedorf	Sandstrasse 44, 46	1972	12	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3053 München- buchsee	Alpenblickstrasse 14	1954	9	Wotreva AG	Mehrfamilienhaus
3053 München- buchsee	Hofwilstrasse 118, 120	1974	16	von Graffenried AG	Mehrfamilienhaus
3145 Niederscherli	Gerbereiweg 20	1986	6	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus / Gewerbe

PLZ / Ort	Objekt / Adresse	Baujahr	Anzahl Wohnungen	Verwaltung	Art der Liegenschaft
3145 Niederscherli	Gerberieweg 22	1986	9	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3114 Oberwichtlach	Rütiweg 14, 14a	1982	16	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus
3072 Ostermundigen	Eichweg 26	1953	10	Wotreva AG	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3072 Ostermundigen	Forelstrasse 36, 38	1979	30	von Graffenried AG	Mehrfamilienhaus
3072 Ostermundigen	Obere Zollgasse 12	1955	9	Wotreva AG	Mehrfamilienhaus
3072 Ostermundigen	Obere Zollgasse 14, 16	1918	6	Wotreva AG	Mehrfamilienhaus
3322 Schönbühl- Urtenen	Holzgasse 27, 29, 31	1987	21	von Graffenried AG	Mehrfamilienhaus
3048 Worblaufen	Altikofenstrasse 8, 10	1989	12	graf.riedi AG	Mehrfamilienhaus
3052 Zollikofen	Aarhaldenstrasse 2, 4	1949	14	von Graffenried AG	Mehrfamilienhaus
3052 Zollikofen	Kreuzstrasse 2, 4, 8 / Rüttistrasse 1	1991/1992	30	Patrick Emmenegger	Mehrfamilienhaus / Gewerbe
3052 Zollikofen	Wahlackerstrasse 1	1977	14	Wotreva AG	Mehrfamilienhaus / Gewerbe



Xavier Zen Ruffinen

Architekt

031 321 65 19

xavier.zen.ruffinen@bern.ch

5. Versicherungstechnische Bilanz

5.1 Versicherungstechnische Bilanz 2008 / 2009

Berechnung nach EVK 2000, 4% technischer Zins

Aktiven	31. Dezember 2009	31. Dezember 2008
	CHF	CHF
Aktiven zu Verkehrswerten	1 771 644 506	1 718 402 199
abzüglich:		
- Fremdkapital	- 12 956 737	- 25 287 925
- Passive Rechnungsabgrenzung	- 1 137 977	- 512 116
Verfügbares Vermögen	1 757 549 792	1 692 602 158
Deckungslücke	76 707 248	119 380 719
Bilanzsumme	1 834 257 040	1 811 982 877

Passiven

Deckungskapital Aktive PK	569 299 602	560 323 953
Sparkapitalien Aktive	14 239 286	12 457 123
Deckungskapital Rentenberechtigte	1 113 121 902	1 106 260 429
Rückstellung Grundlagenwechsel	75 708 968	66 663 375
Ergänzung erworbenes Deckungskapital auf Barwerttabelle Reglement	9 949 446	10 375 987
Ergänzung Deckungskapital Aktive auf Mindestbetrag gemäss Art. 17 FZG	28 744 836	28 981 010
Risikoschwankungsfonds	11 913 000	12 761 000
Rückstellung für pendente IV-Fälle	2 720 000	5 600 000
Rückstellung Teuerung auf Renten	8 560 000	8 560 000
Überschuss Deckungskapital	0	0
Bilanzsumme	1 834 257 040	1 811 982 877

Deckungsgrad per 31.12.2008 gemäss Art. 44 BVV 2: 93.4%

Deckungsgrad per 31.12.2009 gemäss Art. 44 BVV 2: 95.8%

5.2 Expertenbestätigung per 31. Dezember 2009



An die Verwaltungskommission der
Personalvorsorgekasse der Stadt Bern
Schwanengasse 14
3011 Bern

Bern, 7. Mai 2010

EXPERTENBESTÄTIGUNG PER 31. DEZEMBER 2009

Die Aon Consulting AG ist im Sinne von Art. 40 BVV 2 unabhängig. Sie ist gegenüber Personen, die für die Geschäftsführung oder Verwaltung der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern verantwortlich sind, nicht weisungsgebunden.

Die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern wurde im Sinne von Art. 53, Absatz 2 BVG und Art. 89bis Abs. 6 ZGB im Rahmen einer versicherungsmathematischen Kontrolle per 31. Dezember 2009 überprüft. Die Ergebnisse sind im Gutachten vom 7. Mai 2010 festgehalten. Auf dieser Grundlage können wir die folgende Bestätigung abgeben:

KONTROLLE GEMÄSS ART. 53 ABS. 2 BVG

1 Gesetzeskonformität

Die reglementarischen versicherungstechnischen Bestimmungen über die Leistungen und die Finanzierung Ihrer Vorsorgeeinrichtung entsprechen am Stichtag unserer Analyse den derzeitigen gesetzlichen Vorschriften.

2 Sicherheit der Kasse

Die durch die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern eingegangenen Verpflichtungen sind am Bilanzstichtag durch das vorhandene Vermögen nicht gedeckt. Der Deckungsgrad gemäss Artikel 44 BVV 2 beträgt 95.8 % und die Vorsorgeeinrichtung weist ein versicherungstechnisches Defizit in der Höhe von CHF 76.71 Mio auf.

Die Vorsorgeeinrichtung bietet versicherungstechnisch nicht die gesetzlich geforderte Sicherheit, dass sie ihre Verpflichtungen erfüllen kann. Das versicherungstechnisch notwendige Vorsorgekapital ist durch das verfügbare Vorsorgevermögen nicht gedeckt. Zudem verfügt die Personalvorsorgekasse über keine Wertschwankungsreserve mehr.

Die Stadt Bern hat in Art. 74 des Reglements über die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern (Personalvorsorgereglement; PVR) folgende Garantie abgegeben:

Art. 74 Garantie

- 1 Die Stadt garantiert die Versicherungsleistungen der Kasse nach den Bestimmungen dieses Reglements.

Aufgrund dieser Tatsachen und unter Berücksichtigung von Art. 45 BVV 2, wonach es sich im vorliegenden Fall um einen öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber handelt, können wir bestätigen, dass die Kasse trotz der Unterdeckung in der Lage ist, im Sinne von Art. 53 Abs. 2 lit a BVG ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Aon Consulting AG

Dr. Ernst Rätzer
dipl. Pensionsversicherungsexperte

Antonio De Rosa
lic. phil. nat., dipl. Mathematiker

6. Bericht der Kontrollstelle

MESSERAlfred Messer
Dipl. Wirtschaftsprüfer / Betriebsökonom HWVTREUHANDKAMMER
Mitglied

TREUHAND

Bericht der Kontrollstelle

an die Verwaltungskommission der

PERSONALVORSORGEKASSE DER STADT BERN

Als Kontrollstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang), Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern für das am 31. Dezember 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr auf ihre Rechtmässigkeit geprüft.

Für die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten ist die Verwaltungskommission verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Schweizer Prüfungsstandards, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung und der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wird beurteilt, ob die rechtlichen bzw. reglementarischen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen sowie die Vorschriften über die Loyalität in der Vermögensverwaltung eingehalten sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Alterskonten dem schweizerischen Gesetz und den Reglementen.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Bern, 27. April 2010

TREUHAND MESSER



A. Messer
zugelassener Revisionsexperte

Beilagen:

Jahresrechnung bestehend aus:

- Bilanz
- Betriebsrechnung
- Anhang

Teil 2
**Jahresrechnung und
Anhang**

1. Bilanz

Aktiven	31.12.2009	31.12.2008
	CHF	CHF
Vermögensanlagen		
Flüssige Mittel		
Kasse	828.65	634.95
Kontokorrent Stadtkasse	12 103 342.58	6 718 861.86
Banken	13 494 402.11	9 486 380.36
Debitoren	13 123 300.03	10 466 717.08
Total flüssige Mittel	38 721 873.37	26 672 594.25
Nominalwerte		
Obligationen Inland CHF	112 741 122.50	109 624 759.00
Obligationen Ausland CHF	136 064 120.00	123 013 470.00
Obligationenfonds und -stiftungen Inland CHF	0.00	2 611 451.33
Obligationenfonds und -stiftungen Ausland Fremdwährung	129 250 535.65	134 827 027.49
I. Hypotheken, variabel	36 942 556.40	48 706 096.40
I. Hypotheken, fest	111 745 000.00	114 153 000.00
Wertberichtigung gefährdete Hypotheken	- 60 000.00	- 60 000.00
Nachgangshypotheken, variabel	6 988 097.30	7 583 040.40
Anlagestiftungen Hypotheken Inland	88 078 251.38	92 535 074.66
Darlehen mit hypothekarischer Deckung	762 137.35	799 408.30
Wertberichtigung Darlehen	- 123 305.10	- 138 576.05
Barwert der Annuitäten	14 946 972.00	19 872 088.00
Total Nominalwerte	637 335 487.48	653 526 839.53
Sachwerte		
Aktien Inland	36 144 876.52	34 617 753.40
Aktienfonds und -stiftungen Inland	190 213 379.52	135 113 685.41
Aktienfonds und -stiftungen Ausland	257 121 447.79	202 688 526.22
Fondsanteile aus Kaufsverpflichtung	10 641 290.19	12 334 263.15
Total Aktien	494 120 984.02	384 754 228.18
Immobilienfonds und -stiftungen Inland	88 347 638.00	86 812 799.72
Immobilienfonds und -stiftungen Ausland	32 438 043.63	35 150 397.59
Liegenschaften	397 662 222.60	403 685 000.00
Miteigentumsanteile an Liegenschaften	76 943 000.00	77 207 000.00
Bau- und Sanierungsprojekte	131 984.05	1 854 021.54
Immobilienfondsanteile aus Kaufsverpflichtung	2 306 720.63	2 953 661.95
Total Liegenschaften inkl. Miteigentum	597 829 608.91	607 662 880.80
Total Sachwerte	1 091 950 592.93	992 417 108.98
Total Vermögensanlagen	1 768 007 953.78	1 672 616 542.76
Aktive Rechnungsabgrenzung	3 636 552.48	45 785 656.10
Total Aktiven	1 771 644 506.26	1 718 402 198.86

Passiven	31.12. 2009	31.12. 2008
	CHF	CHF
Verbindlichkeiten		
Kreditoren	8 735.94	0.00
Kaufsverpflichtung Fondsanteile	12 948 000.82	15 287 925.10
Darlehen	0.00	10 000 000.00
Total Verbindlichkeiten	12 956 736.76	25 287 925.10
Passive Rechnungsabgrenzung	1 137 977.34	512 116.18
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen		
Sparkapital	14 239 285.59	12 457 123.42
Vorsorgekapital Aktive	569 299 602.00	560 323 953.00
Vorsorgekapital aktive Versicherte	583 538 887.59	572 781 076.42
Vorsorgekapital Rentenberechtigte	1 113 121 902.00	1 106 260 429.00
Rückstellung Grundlagenwechsel	75 708 968.00	66 663 375.00
Ergänzung Vorsorgekapital auf Barwerttabelle Reglement	9 949 446.00	10 375 987.00
Erg. Vorsorgekap. Aktive auf Mindestbetrag gem. Art. 17 FZG	28 744 836.00	28 981 010.00
Risikoschwankungsfonds	11 913 000.00	12 761 000.00
Rückstellung pendente Invaliditätsfälle	2 720 000.00	5 600 000.00
Rückstellung Teuerungsanpassung auf Renten	8 560 000.00	8 560 000.00
Technische Rückstellungen	137 596 250.00	132 941 372.00
Total Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen	1 834 257 039.59	1 811 982 877.42
Wertschwankungsreserve	0.00	0.00
Freie Mittel/Unterdeckung Stand 1.1.	- 119 380 719.84	0.00
Ertragsüberschuss/Aufwandüberschuss	42 673 472.41	- 119 380 719.84
Freie Mittel/Unterdeckung Stand 31.12.	- 76 707 247.43	- 119 380 719.84
Total Passiven	1 771 644 506.26	1 718 402 198.86

2. Betriebsrechnung

	31.12.2009 CHF	31.12.2008 CHF
Ordentliche Jahresbeiträge Arbeitnehmende	18 704 778.25	17 965 387.65
Ordentliche Jahresbeiträge Arbeitgebende	32 201 983.25	30 905 233.95
Beiträge zur Finanzierung der AHV-Überbrückungsrente (AN)	1 727 317.70	1 665 276.95
Nachzahlungen infolge Lohnerhöhung Arbeitnehmende	1 897 980.33	1 765 102.40
Nachzahlungen infolge Lohnerhöhung Arbeitgebende	6 230 316.70	5 909 742.50
Risikoprämien Arbeitnehmende	82 053.50	70 985.45
Risikoprämien Arbeitgebende	82 053.50	70 985.45
Auskauf Rentenkürzungen Arbeitnehmende	486 568.75	583 504.49
Auskauf Rentenkürzungen Arbeitgebende	997 454.00	647 886.60
Defizitgarantie AHV-Überbrückungsrentenfonds (AG)	0.00	3 210 034.65
Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	62 410 505.98	62 794 140.09
Einkaufsgelder (inkl. Eintrittsleistungen)	25 780 811.05	21 439 106.83
Rückerstattung Vorbezug WEF	155 147.90	204 035.75
Eintrittsleistungen (Sparkasse)	2 061 348.21	1 558 624.76
Deckungskapital Übernahme Rentner	0.00	31 967.00
Eintrittsleistungen	27 997 307.16	23 233 734.34
Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen	90 407 813.14	86 027 874.43
Altersrenten	- 78 976 845.25	- 77 047 275.95
Renten bei Nichtwiederwahl (Art. 38)	- 155 275.20	- 155 275.20
Invalidenrente inkl. Invalidenzuschüsse	- 8 545 214.65	- 8 838 901.45
Ehegattenrenten	- 18 410 446.80	- 18 423 776.35
Waisenrenten	- 154 445.40	- 119 569.70
Auszahlung Überbrückungsrenten (Art. 30)	- 4 974 350.90	- 4 875 311.60
Kapitalleistungen bei Pensionierung	- 2 710 657.00	- 3 697 635.45
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	- 213 521.10	- 641 781.55
Reglementarische Leistungen	- 114 140 756.30	- 113 799 527.25
Austrittsleistungen beim Austritt	- 19 852 500.35	- 88 099 000.80
Austrittsleistungen bei Ehescheidung (FZG)	- 1 281 072.00	- 1 682 799.35
Barauszahlungen beim Austritt	- 1 398 364.25	- 363 896.05
Vorbezug für Wohneigentum (WEF)	- 3 241 112.00	- 1 423 256.15
Austrittsleistungen	- 25 773 048.60	- 91 568 952.35
Abfluss für Leistungen und Vorbezüge	- 139 913 804.90	- 205 368 479.60

	31.12. 2009	31.12. 2008
	CHF	CHF
Auflösung/Bildung Vorsorgekapital aktive Versicherte	- 8 975 649.00	62 957 817.00
Auflösung/Bildung Vorsorgekapital Rentenberechtigte	- 6 861 473.00	- 14 460 957.00
Auflösung/Bildung Rückstellung Grundlagenwechsel	- 9 045 593.00	- 6 635 532.00
Auflösung/Bildung erworbenes Vorsorgekapital auf Barwerttabelle / Reglement	426 541.00	1 384 013.00
Auflösung/Bildung Rückstellung Vorsorgekapital Aktive auf Mindestbetrag gemäss Art. 17 FZG	236 174.00	7 815 499.00
Auflösung/Bildung Risikoschwankungsfonds	848 000.00	1 029 000.00
Auflösung/Bildung Rückstellung pendente IV-Fälle	2 880 000.00	4 842 000.00
Auflösung/Bildung Rückstellung Teuerung auf Renten	0.00	0.00
Verzinsung Sparkapital	- 470 144.65	- 446 751.70
Veränderung Sparkapital laufendes Jahr	- 1 312 017.52	238 129.24
Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserve	22 274 162.17	56 723 217.54
Beitrag Sicherheitsfonds BVG	- 446 844.10	- 486 411.10
Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil	- 72 226 998.03	- 63 103 798.73
Aktivzinsen Banken	112 657.49	950 351.84
Zinsen Obligationen	6 750 790.29	6 672 487.56
Zinsen Hypotheken	6 165 870.35	7 731 017.40
Zinsen Darlehen	26 305.10	30 713.70
Veränderung Wertberichtigung Hypothekarzinsen	10 956.75	- 60.90
Veränderung Wertberichtigung gefährdete Hypotheken	15 270.95	346 579.45
Ertrag Aktien	10 644 288.96	10 304 214.46
Ertrag aus securities lending	0.00	12 654.84
Kurs- und Währungsgewinne auf Wertschriften	99 897 606.32	26 929 386.09
Total Wertschriftenertrag	123 623 746.21	52 977 344.44



Marianne Roth

Sachbearbeiterin
031 321 66 95
marianne.roth@bern.ch

	31.12. 2009	31.12. 2008
	CHF	CHF
Passivzinsen Banken	- 4 680.85	0.00
Wertschriftenaufwand	- 172 721.31	- 687 015.86
Kurs- und Währungsverluste auf Wertschriften	- 19 698 579.16	- 257 806 693.75
Verwaltungsaufwand Vermögenanlagen	- 1 136 464.23	- 1 681 282.03
Total Wertschriftenaufwand	- 21 012 445.55	- 260 174 991.64
Saldo Wertschriftenrechnung	102 611 300.66	- 207 197 647.20
Mietertrag Liegenschaften (netto)	25 022 086.10	24 354 922.15
Liegenschafts-Verwaltungshonorare	- 1 194 988.70	- 1 192 394.55
übrige Betriebskosten / -erträge	6 693.15	0.00
Instandhaltungs- und Betriebskosten	- 3 158 075.90	- 3 402 589.00
Baurechtszinsen	- 178 714.80	- 178 714.80
Ertrag Miteigentumsanteile	3 747 467.02	4 343 210.33
Ertrag Immobilienfonds und -stiftungen	4 215 374.37	4 158 287.61
übrige Liegenschaftserträge	29 103.95	58 606.00
Nettoertrag aus Liegenschaften	28 488 945.19	28 141 327.74
realisierter Erfolg aus Liegenschaftsverkauf	0.00	835 000.00
Veränderung Verkehrswert Liegenschaften	- 6 508 000.00	7 149 632.90
Instandssetzungskosten für die Liegenschaften	- 6 717 701.49	- 3 213 389.70
Veränderung Verkehrswert Miteigentumsanteile	477 435.00	- 1 806 000.00
Kurs- und Währungserfolg Immobilienfonds und -stiftungen	- 1 917 010.80	- 9 661 894.02
Portfolio- und Managementkosten	- 206 009.75	- 129 734.30
Darlehenszinsen	- 122 500.00	- 363 000.00
Übriger Liegenschaftsaufwand / -ertrag	- 14 993 787.04	- 7 189 385.12
Total Liegenschaftserfolg	13 495 158.15	20 951 942.62
Zinsen für gestundete Einkaufsgelder	41 891.10	2 339.75
Verzugszins auf Freizügigkeitsleistungen und Abfindungen	- 46 642.60	- 52 405.75
Zinsertrag auf Kontokorrent-Konti	22 416.19	20 833.15
Zinsertrag aus Einbau von Teuerungszulagen (StRB 17.10.85)	574 884.00	764 311.00
Zinsgarantie (Art. 74 PVR)	0.00	39 212 883.00
Zinsaufwand auf Kontokorrent-Konti	- 21 311.38	- 26 287.13
Total übriger Vermögensertrag	571 237.31	39 921 674.02
Netto-Ergebnis aus Vermögenanlage	116 677 696.12	- 146 324 030.56

	31.12. 2009 CHF	31.12. 2008 CHF
Sonstiger Ertrag	7 455.40	6 242.90
Gebühren und Beiträge	- 21 700.00	- 4 700.00
Verwaltungsaufwand	- 1 759 317.58	- 1 362 720.74
Abschreibung Forderung	- 3 663.50	0.00
Total Verwaltungsaufwand	- 1 784 681.08	- 1 367 420.74
Ertrags- /Aufwandüberschuss vor Bildung/Auflösung der Wertschwankungsreserve	42 673 472.41	- 210 789 007.13
Auflösung/Bildung Wertschwankungsreserve	0.00	91 408 287.29
Ertragsüberschuss/Aufwandüberschuss	42 673 472.41	- 119 380 719.84



Marlis Schneuwly

Sachbearbeiterin
031 321 67 03
marlis.schneuwly@bern.ch

3. Anhang

3.1 Grundlagen und Organisation

Rechtsform und Zweck

Die Personalvorsorgekasse (PVK) ist eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Bern und bezweckt gemäss dem Reglement über die Personalvorsorgekasse (Personalvorsorgereglement; PVR; SSSB 153.21) vom 26. April 1990 die Versicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt Bern und Organisationen, die mit ihr juristisch oder wirtschaftlich in ständiger und enger Verbindung stehen, gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität.

Die Stadt Bern garantiert gemäss Artikel 74 PVR die Versicherungsleistungen der Kasse nach den Bestimmungen des Reglements.

Registrierung BVG und Sicherheitsfonds

Mit Verfügung vom 22. Oktober 1990 des Amts für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht des Kantons Bern wurde die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern unter der Ordnungsnummer BE.0183 definitiv in das kantonale Register für die berufliche Vorsorge eingetragen.

Die PVK bezahlte im Berichtsjahr an den Sicherheitsfonds einen Saldobetrag (Beiträge abzüglich Zuschüsse) von CHF 446 844.10 (Vorjahr: CHF 486 411.10). Der Sicherheitsfonds garantiert die gesetzlichen und reglementarischen Leistungen bis zu einem anrechenbaren Lohn von CHF 126 000.– (Stand 2009) von zahlungsunfähig gewordenen Vorsorgeeinrichtungen.

Urkunde und Reglemente

Der Stadtrat der Stadt Bern hat gestützt auf Artikel 48 der Gemeindeordnung vom 3. Dezember 1998 das Personalvorsorgereglement beschlossen. Die Verwaltungskommission kann Ausführungsbestimmungen erlassen, soweit nicht im Reglement ausdrücklich eine andere Gemeindebehörde als zuständig bezeichnet wurde.

Das aktuell gültige Personalvorsorgereglement datiert vom Juli 2007.

Zusätzlich bestehen folgende Ausführungsbestimmungen und Verordnungen der Verwaltungskommission:

- Verordnung über die Übertragung von Geschäften der Verwaltungskommission an die Leitung der Kassenverwaltung vom 9. Dezember 2005
- Verordnung zu den Rückstellungen und Reserven der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern vom 24. März 2006
- Verordnung zur Teilliquidation der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern vom 8. Dezember 2006
- Richtlinien für die Vermögensbewirtschaftung der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern vom 1. Juni 2007
- Ausführungsverordnung der Verwaltungskommission der Personalvorsorgekasse zum Personalvorsorgereglement vom 27. Juni 2008



Silvia Frey

Sachbearbeiterin
031 321 68 43
silvia.frey@bern.ch

Führungsorgan/Zeichnungsberechtigungen

Die Organisation und Verwaltung der PVK ist in Artikel 70–80 PVR geregelt. Die Organe der Kasse sind die paritätische Verwaltungskommission und die Leiterin oder der Leiter der Kassenverwaltung.

Die Wahl der Arbeitgebendenvertreterinnen und -vertreter erfolgt durch den Gemeinderat. Die Wahl der Arbeitnehmendenvertreterinnen und -vertreter hat der Gemeinderat in der Vertretungsverordnung vom 11. November 1992 geregelt. Die aktuelle personelle Zusammensetzung der Organe befindet sich im Teil 1 des Geschäftsberichts.

Die Präsidentin oder der Präsident, im Verhinderungsfall die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident, führt die rechtsverbindliche Unterschrift für die Verwaltungskommission. Soweit es um Entscheide über Vermögensanlagen und -verwaltung geht, zeichnet diese Person kollektiv entweder mit einem weiteren Mitglied oder mit der Leiterin oder dem Leiter der Kassenverwaltung. Die Verwaltungskommission kann zudem mit Beschluss abweichende Regelungen vorsehen, sofern ein Anlagekomitee oder Dritte mit der Vermögensverwaltung beauftragt werden.

Experten, Revisionsstelle, Aufsichtsbehörde

Wahlperiode 1. Juli 2009 bis 30. Juni 2010:

Experte für berufliche Vorsorge:
Aon Consulting AG, Bern

Kontrollstelle:
Treuhand Messer, Bern

Aufsichtsbehörde der PVK ist das Amt für Sozialversicherung und Stiftungsaufsicht des Kantons Bern (ASVS). Als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Bern berichtet die PVK im Rahmen der Verbandsaufsicht zudem regelmässig dem Gemeinderat, der in der Verwaltungskommission mit zwei Sitzen direkt vertreten ist.

Angeschlossene Arbeitgebende

Nebst dem Personal der Stadt Bern versichert die PVK Arbeitnehmende folgender Organisationen:

- ARA REGION BERN AG
- BERNMOBIL Städt. Verkehrsbetriebe Bern
- Energie Wasser Bern (ewb)
- energiecheck bern ag
- Gurtenbahn Bern AG
- Kornhausforum
- Stadtbauten Bern (StaBe)
- Stadtbauten Services AG
- Wasserverbund Region Bern AG
- Bären Elektro AG (Austritt: 31. 12. 2009)

3.2 Aktive Mitglieder und Rentenberechtigte

Aktive Versicherte und Rentenbezüger/-innen

Die Entwicklung des Mitgliederbestandes und der Rentenberechtigten sind im Kapitel 3.1 des Geschäftsberichtes dargelegt.

Die Anzahl der lebenslänglich zahlbaren Invalidenrenten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	2009	2008	Veränderung
Männer	302	310	- 2.5%
Frauen	93	91	2.1%
Total	395	401	- 1.5%

3.3 Art der Umsetzung des Zwecks

Vorsorgeplan

Die PVK ist eine umhüllende Kasse nach dem Leistungs- und Beitragsprimat und erbringt in jedem Fall die durch die Bundesgesetzgebung vorgeschriebenen Mindestleistungen der obligatorischen beruflichen Vorsorge. Die Kasse führt die Personalvorsorge in zwei Abteilungen:

- Pensionskasse
- Sparkasse

Die Pensionskasse ist eine Leistungsprimatkasse, bei der die Leistungen und Beiträge in Prozenten des versicherten Lohnes berechnet werden. In der Pensionskasse versichert werden alle Arbeitnehmenden, die einen Mindestlohn gemäss BVG erreichen und ein Arbeitsverhältnis mit festem Pensum von mindestens 20% aufweisen. Die maximale Rente von 61,2% des letzten versicherten Lohnes wird im Alter 63 mit 36 Versicherungsjahren (1,7% Altersrente pro Versicherungsjahr) erreicht.

Die Sparkasse ist eine reine Beitragsprimatkasse, die alle Arbeitnehmenden versichert, die nicht in die Pensionskasse aufgenommen werden können, aber einen Mindestlohn gemäss BVG erreichen oder ein Arbeitspensum von wenigstens 12 Wochenstunden aufweisen.

Der versicherte Lohn entspricht dem Jahresgrundlohn und den versicherbar erklärten festen Jahreszulagen, abzüglich des Koordinationsabzugs in Höhe der maximalen einfachen AHV-Altersrente. Für Teilzeitbeschäftigte berechnet sich der Koordinationsabzug entsprechend dem Beschäftigungsgrad.

Der Anspruch auf Altersleistung beginnt am ersten Tag des Monats nach Vollendung des 63. Altersjahres. Mitglieder können die vorzeitige Pensionierung oder Teilpensionierung ab vollendetem 58. Altersjahr verlangen.

Die Risikoleistungen der Pensionskasse berechnen sich auf der Basis der Altersrente, die das Mitglied mit dem vollendetem 63. Altersjahr erworben hätte. Die Risikoleistungen der Mitglieder der Sparkasse berechnen sich nach versicherungstechnischen Grundsätzen auf dem vorhandenen Sparkapital und einem nach Beitragsjahren abgestuften festen Invalidenzuschuss. In jedem Fall werden aber die Minimalleistungen nach BVG ausgerichtet.

Finanzierung, Finanzierungsmethode

Leistungsprimat (Pensionskasse)

Ordentlicher Beitrag der Arbeitnehmenden: 8.25 %
Ordentlicher Beitrag der Arbeitgebenden: 14.25 %

Die Arbeitnehmenden entrichten zusätzlich einen nach Alter abgestuften Beitrag von ½ bzw. 1% zur Vorfinanzierung einer AHV-Überbrückungsrente in der Höhe von 50% der einfachen maximalen AHV-Rente.

Bei nicht teuerungsbedingten Lohnerhöhungen entrichten die Arbeitnehmenden 50% der Erhöhung des versicherten Lohnes als Nachzahlung. Die Arbeitgebenden entrichten das technisch erforderliche Deckungskapital, mindestens jedoch 50% der Erhöhung als Nachzahlung.

Beitragsprimat (Sparkasse)

Ordentlicher Beitrag der Arbeitnehmenden:
7.25% + 1% Risikobeitrag
Ordentlicher Beitrag der Arbeitgebenden:
13.25% + 1% Risikobeitrag

Die Arbeitnehmenden entrichten zusätzlich einen nach Alter abgestuften Beitrag von ½ bzw. 1% zur Vorfinanzierung einer AHV-Überbrückungsrente in der Höhe von 50% der einfachen maximalen AHV-Rente.

Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit

Die PVK ist eine autonome Kasse, bei der die Versicherungs- und Anlagerisiken durch die angeschlossenen Organisationen gemeinschaftlich getragen werden. Obschon sie über eine Leistungsgarantie der Stadt Bern verfügt, strebt die Kasse einen Zieldeckungsgrad von 100% an. Bei einer dauernden finanziellen Verschlechterung der Kasse haben sich die angeschlossenen Arbeitgebenden an allfälligen Sanierungsmassnahmen anteilmässig zu beteiligen. Zudem ist bei gruppenweisen Austritten ein bestehender versicherungstechnischer Fehlbetrag durch den zuständigen Arbeitgebenden zu übernehmen.

3.4 Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit

Die Rechnungslegung erfolgt nach den Fachempfehlungen der Swiss GAAP FER 26.

Die Bewertung der Aktiven basiert grundsätzlich auf den Marktwerten per Bilanzstichtag. Vorbehalten bleiben in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER Regeln folgende Bestimmungen:

Private Equity / nicht-kotierte Wertpapiere

Bewertung erfolgt zum letztbekanntesten inneren Wert (Net Asset Value). Bei Anlagefonds und -stiftungen ist der Rücknahmepreis massgebend.

Falls weder ein aktueller Marktwert noch ein innerer Wert feststellbar ist, werden diese Anlagen zu Einstandspreisen abzüglich erkennbarer Wertebussen bilanziert.

Liegenschaften

Die Bewertung der direkt gehaltenen Liegenschaften erfolgt nach der Discounted-Cash-Flow Methode. Der Verkehrswert wird jährlich summarisch nachgeführt, wobei der Verkehrswert mindestens alle 5 Jahre durch eine externe, unabhängige Stelle zu überprüfen ist. Die Verkehrswerte für den gesamten

Immobilienbestand wurden letztmals per 31.12. 2005 durch einen externen Gutachter ermittelt. Ein Teil des Liegenschaftsportfolios wurde per Ende Jahr durch den neuen unabhängigen Schätzungs-experten ZIBAG neu bewertet. Die Neubewertung der übrigen Immobilien erfolgt per 31.12. 2010. Miteigentumsanteile sind mit einem Abschlag von 5% zum letztbekanntesten Verkehrswert bilanziert, um der beschränkten Liquidität dieses Marktes Rechnung zu tragen. Im Berichtsjahr erworbene Liegenschaften und Miteigentumsanteile werden per Ende Jahr zum Kaufpreis bilanziert.

Instandsetzungskosten für die Liegenschaften

In der Betriebsrechnung 2009 wurden erstmals die vollen Instandsetzungskosten für die Liegenschaften direkt der Erfolgsrechnung belastet. Auf die direkte Aktivierung von wertvermehrenden Sanierungsarbeiten in der Bilanz wird künftig verzichtet, da die Liegenschaftsrechnung sich neu auf der SIA Norm D 0213 abstützt. Dies hat zur Folge, dass die in der Betriebsrechnung ausgewiesenen Instandsetzungskosten für die Jahre 2008 und 2009 nicht direkt vergleichbar sind. Die Proforma-Zahlen für die beiden Jahre ergeben sich wie folgt:

	31.12. 2009	31.12. 2008
Instandsetzungskosten gemäss Betriebsrechnung	6 717 701.49	3 213 389.70
+ aktivierte Instandsetzungskosten im Jahr 2008	–	1 542 528.55
- aktivierte Bau- und Sanierungsprojekte aus Vorjahr	- 1 854 021.54	–
Instandsetzungskosten effektiv	4 863 679.95	4 755 918.25

3.5 Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad

Risikodeckung (Tod und Invalidität)

Die PVK ist eine autonome Vorsorgeeinrichtung, welche die Risiken Invalidität und Tod aus den ordentlichen Beiträgen finanziert. Mitglieder der Sparkasse bezahlen zusammen mit den Arbeitgebern einen separaten Risikobeitrag von total 2%.

Um mögliche Schwankungsrisiken im Risikoverlauf aufzufangen, besitzt die Kasse einen Risikoschwankungsfonds. Die Höhe dieses Fonds wird jährlich

durch den Pensionskassen-Experten mit Hilfe einer Risikoanalyse berechnet. Der Saldo des Fonds reduziert sich im Berichtsjahr von CHF 12.76 auf CHF 11.91 Mio.

Die jährlich im Durchschnitt zu erwartende Schadenssumme für neue Risikofälle reduziert sich gegenüber dem Vorjahr von CHF 8.03 Mio. auf CHF 7.54 Mio. Der technisch erforderliche Risikobeitrag reduziert sich auf 3.3% der versicherten Lohnsumme.

Entwicklung Deckungskapital Aktive

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in CHF	Veränderung in %
Anwartschaften auf Alters- und Ehegattenrenten Männer	459 085 891	454 170 913	4 914 978	1.0
Anwartschaften auf Alters- und Ehegattenrenten Frauen	110 213 711	106 153 040	4 060 671	3.7
Ergänzung auf die Barwerttabelle gemäss Reglement (Artikel 16 FZG)	9 949 446	10 375 987	- 426 541	- 4.1
Ergänzung auf Mindestbetrag (Artikel 17 FZG)	28 744 836	28 981 010	- 236 174	- 0.8
Deckungskapital Total Aktive	607 993 884	599 680 950	8 312 934	1.4

Verzinsung und Entwicklung Sparkapitalien Aktive

	31.12.2008	Verzinsung	Veränderung in CHF	31.12.2009
Sparkapital	12 457 123	470 144	1 312 018	14 239 285

Gemäss Beschluss der Verwaltungskommission vom 1. Juni 2007 wird das Alterskapital der Mitglieder der Sparkasse entsprechend dem technischen Zinssatz der Pensionskasse mit 4% verzinst.

Summe der Altersguthaben nach BVG

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in CHF	Veränderung in %
Altersguthaben	321 481 979	312 437 889	9 044 090	2.9

Die Summe der gesetzlichen Altersgutschriften auf den Alterskonten beträgt für 2009 CHF 24 900 652.80 (Vorjahr: CHF 23 833 671.40).

Entwicklung Vorsorgekapital Rentenberechtigte

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in CHF	Veränderung in %
Vorsorgekapital Rentner	831 235 291	835 237 135	- 4 001 844	- 0.5
Vorsorgekapital Rentnerinnen	281 886 611	271 023 294	10 863 317	3.8
Vorsorgekapital Rentenberechtigte	1 113 121 902	1 106 260 429	6 861 473	0.6

Die laufenden AHV- und IV-Überbrückungsrenten bis zum BVG-Rücktrittsalter werden mittels Rentenwertumlageverfahren in das Vorsorgekapital der Rentenberechtigten eingerechnet.

Die Verwaltungskommission hat im vergangenen Jahr auf eine Anpassung der laufenden Renten an die Teuerung verzichtet.

Versicherungstechnisches Gutachten

Die Expertenbestätigung zum letzten versicherungstechnischen Gutachten ist in Kapitel 5.2 des Berichtsteils wiedergegeben.

Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen

Das notwendige Vorsorgekapital wird auf den technischen Grundlagen der EVK 2000 mit einem technischen Zinssatz von 4% berechnet.

Im Blick auf die stetig steigende Lebenserwartung und höheren Risikokosten werden pro Jahr 0,5% des Vorsorgekapitals der Rückstellung Grundlagenwechsel zugewiesen. Die Rückstellung für Grundlagenwechsel beträgt per Ende Jahr CHF 75 708 968.– (Vorjahr: CHF 66 663 375.–) oder 4,5% der Vorsorgekapitalien.

Die Rückstellung für hängige Invaliditätsfälle beträgt per Ende Jahr CHF 2 720 000.– (Vorjahr: CHF 5 600 000.–). Die Höhe der Rückstellung wird jährlich durch den Pensionskassen-Experten anhand von Erfahrungswerten aus den Vorjahren und den aktuell hängigen Schadenfällen ermittelt.

Die Rückstellung zur Anpassung der laufenden Renten an die Teuerung beträgt per Ende Jahr unverändert CHF 8 560 000.–.

Jahresergebnis und Deckungsgrad nach Artikel 44 BVV2

	31.12. 2009	31.12. 2008
Total Aktiven	1 771 644 506	1 718 402 199
- Fremdkapital	- 12 956 737	- 25 287 925
- Passive Rechnungsabgrenzung	- 1 137 977	- 512 116
Verfügbares Vermögen	1 757 549 792	1 692 602 158
Vorsorgekapital Aktive	569 299 602	560 323 953
Sparkapitalien Aktive	14 239 285	12 457 123
Vorsorgekapital Rentenberechtigte	1 113 121 902	1 106 260 429
Übrige technische Rückstellungen	137 596 250	132 941 372
Total erforderliches Deckungskapital	1 834 257 039	1 811 982 877
Wertschwankungsreserve	0	0
Freie Mittel/Deckungslücke	- 76 707 247	- 119 380 719
Deckungsgrad in %	95.8%	93.4%

3.6 Erläuterungen der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

Grundsätze und Organisation der Vermögensanlage und des Rechnungswesens

Die Vermögensbewirtschaftung der Personalvorsorgekasse hat die Verwaltungskommission in ihren Anlagerichtlinien vom 1. Juni 2007 geregelt. Gemäss den Anlagegrundsätzen soll das Kassenvermögen bei angemessener Risikoverteilung und unter Wahrung einer stetigen Zahlungsbereitschaft so angelegt werden, dass bei marktgerechten Erträgen eine möglichst gute Werterhaltung erzielt werden kann. Die Anlagen in Aktien und Obligationen sind vorwiegend indexnah und möglichst kosteneffizient zu tätigen. Eine aktive Bewirtschaftung der Vermögen wird dann gewählt, wenn eine passive Bewirtschaftung nicht möglich ist oder ein Zusatzertrag bzw. ein tieferes Anlagerisiko erwartet werden kann.

Die Anlagestrategie der PVK basiert auf der Asset-Liability-Management (ALM) Studie der Aon Consulting AG vom 15. März 2007. Die langfristig erwartete Rendite gemäss Anlagestrategie beträgt 5,0% bei einem Anlagerisiko auf den gesamten Vermögenswerten von 7,3% (Standardabweichung). Aufgrund der Verwerfungen an den Finanzmärkten im vorangegangenen Jahr gab die Verwaltungskommission den Auftrag, die aktuelle Anlagestrategie auf deren Zweckmässigkeit zu überprüfen. Das Ergebnis dieser Abklärungen zeigte, dass die im Jahr 2007 zugrunde gelegten Annahmen zur ALM-Studie weiterhin Gültigkeit haben und sich kein unmittelbarer Handlungsbedarf bei der Anpassung der Anlagestrategie ergibt.

Die Verwaltungskommission trägt die Verantwortung für die Bewirtschaftung des Vermögens, erlässt die Anlagerichtlinien und entscheidet über die langfristige Anlagestrategie. Mit der Umsetzung der Anlagestrategie ist das Anlagekomitee beauftragt. Es entscheidet über die einzelnen Anlagen und die Vergabe von Vermögensverwaltungsmandaten im Rahmen der gesetzlichen und reglementarischen Vorgaben. Es berichtet quartalsweise der Verwaltungskommission über die Anlagetätigkeit, zudem werden die Beschlüsse des Anlagekomitees protokolliert und der Verwaltungskommission zur

Kenntnis gebracht. Die Zusammensetzung des Anlagekomitees ist im Berichtsteil aufgeführt.

Die Liquiditätsbewirtschaftung, Wertschriftenbuchhaltung, Verwaltung der Hypotheken und Wertschriften sowie die Berichterstattung zur Anlagetätigkeit erfolgt durch die Kassenverwaltung. Der Leiter oder die Leiterin Anlagen trifft mit Ausnahme der Liquiditätsbewirtschaftung keine eigene Anlageentscheidung.

Das Anlagekomitee entscheidet über die Vergabe von Vermögensverwaltungsmandaten, über die Direktanlagen namentlich in Immobilien und Hypotheken sowie über indirekte Anlagen in Immobilien Ausland, Fremdwährungsobligationen und Private Equity.

Die Obligationen CHF werden im Rahmen eines externen Verwaltungsmandates bewirtschaftet. Fremdwährungsanleihen werden über Anlagefonds- und Anlagestiftungen gehalten. Die Aktien Inland und Ausland werden mehrheitlich im Rahmen von institutionellen Fonds indexnah bewirtschaftet. Die aktiv bewirtschafteten Aktienengagements und Private Equity Anlagen werden in der Regel über kollektive Anlageinstrumente (wie Anlagefonds, Anlagestiftungen, Beteiligungsgesellschaften oder Partnerships) getätigt. Im Rahmen der BVV2 Vorschriften können sie auch derivative Finanzinstrumente einsetzen. Mit Ausnahme von Private Equity Beteiligungen bestehen keine Anlagen in alternative Anlagevehikel (Hedge Fonds, Rohwaren, strukturierte Produkte etc.).

Mit den extern beauftragten Vermögensverwaltern bestehen vertragliche Regelungen, dass Retrozessionen (Rückvergütungen und Kommissionen) direkt der Personalvorsorgekasse gutzuschreiben sind.

Die Verwaltung der Liegenschaften ist an sieben externe Liegenschaftsverwalter übertragen. Zur strategischen Bewirtschaftung des Immobilienportfolios sowie zur Überwachung und Durchführung von grösseren Sanierungsarbeiten verfügt die PVK über einen eigenen Architekten. Sämtliche Liegen-

schaften im direkten Besitz befinden sich im Grossraum Bern. Liegenschaften in der übrigen Schweiz und im Ausland werden über Immobilienstiftungen und -fonds oder als Miteigentumsanteile gehalten.

Erweiterungen gemäss Artikel 59 BVV2

Per Ende Jahr beträgt der Anteil Immobilien 33,8% und liegt folglich über der BVV2-Limite von 30%.

Im Rahmen der taktischen Bandbreiten darf gemäss den internen Anlagerichtlinien der Anteil der Immobilien sowie der Fremdwährungen die Kategorienbegrenzung gemäss Artikel 55 BVV2 von jeweils 30% überschritten werden.

Wertschwankungsreserve

Die Zielgrösse der Wertschwankungsreserve beträgt aufgrund der gewählten Anlagestrategie gemäss Asset & Liability Studie vom 15. März 2007 22,5% der Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen. Per 31. Dezember 2009 wären dies rund CHF 413 Mio. (Vorjahr CHF 408 Mio.).

Darstellung der Vermögensanlagen nach Anlagekategorien

Vermögensanlagen unter Anrechnung allfälliger Engagements aus derivativen Finanzinstrumenten.

Anlagekategorie	31.12.2009		31.12.2008		Strategie in %	Bandbreiten in %
	in Mio.	in %	in Mio.	in %		
Nominalwerte	676.0	38.2	680.2	40.7	38	
Kontokorrent bei der Stadt	12.1	0.7	6.7	0.4		
Annuitäten Guthaben bei der Stadt	14.9	0.8	19.9	1.2		
Anlagen beim Arbeitgebenden	27.0	1.5	26.6	1.6	0	
Flüssige Mittel CHF	26.6	1.5	20.0	1.2	2	0 – 5
Obligationen CHF Inlandschuldner	112.7	6.4	112.2	6.7	15	12 – 20
Obligationen CHF Auslandschuldner	136.1	7.7	123.0	7.3	15	12 – 20
Hypotheken	244.3	13.8	263.6	15.8	14	10 – 18
Nominalwerte CHF	519.7	29.4	518.8	31.0	31	22 – 43
Obligationen Ausland	129.2	7.3	134.8	8.1	7	3 – 10
Nominalwerte Fremdwährung	129.2	7.3	134.8	8.1	7	3 – 10
Sachwerte	1 092.0	61.8	992.4	59.3	62	
Immobilien Inland	563.1	31.8	569.6	34.0	27	24 – 30
Immobilien Ausland	34.7	2.0	38.1	2.3	3	1 – 5
– davon Ergänzungsstrategie Immobilien	2.0	0.1	6.0	0.4	1	0 – 1.5
Immobilien	597.8	33.8	607.7	36.3	30	25 – 35
Aktien Inland	226.4	12.8	169.7	10.1	14	10 – 16
– davon Private Equity*	15.5	0.9	14.7	0.9		
Aktien Ausland	267.8	15.1	215.0	12.9	18	14 – 20
– davon Private Equity*	60.8	3.4	74.7	4.5		
Aktien	494.2	28.0	384.7	23.0	32	24 – 36
Total Vermögensanlagen	1 768.0	100.0	1 672.6	100.0	100	

* = Private Equity > Strategie 6% (Bandbreite 0 – 7%)

Der Anteil der Nominalwerte ist im Berichtsjahr durch die Reduktion der Hypotheken und Obligationen in Fremdwährungen zugunsten der Aktien von 40,7% auf 38,2% zurück gegangen. Im Gegenzug haben sich die Sachwerte auf 61,8% erhöht, wobei der Anteil Immobilien von 36,3% auf 33,8% rückläufig war. Die grösste Veränderung weist die Aktienquote aus, die von 23% auf 28% anstieg. Damit aber immer noch unter der strategischen Zielgrösse von 32% liegt. Die Erhöhung der Aktienquote ist einerseits bedingt durch die Kurssteigerungen andererseits durch den Zukauf neuer Positionen mit den verfügbaren liquiden Mitteln.

Der Anteil der Immobilien Inland liegt mit 31,8% auch per Ende 2009 noch leicht über der oberen taktischen Bandbreite. Das Anlagekomitee hat aber bewusst auf den Verkauf von Liegenschaften verzichtet und ist der Meinung, dass sich mit einer weiteren Erholung der Aktienmärkte der Immobilienanteil von selbst weiter reduzieren wird.

Offene Derivate per Jahresende

Per 31. Dezember 2009 bestanden keine offenen Derivatengeschäfte.

Wertpapierleihe (Securities Lending)

Auf Beschluss des Anlagekomitees hat die Kasse im Oktober 2008 sämtliche Securities Lending-Verträge auf den direkt gehaltenen Wertschriften aufgelöst. Auf Ende Jahr sind keine Positionen mehr ausgeliehen.

Erläuterung des Nettoergebnisses

in Tausender CHF

	2009		2008		
	Erfolg (netto) gesamt	Performance in %	Benchmark in %	Erfolg (netto) gesamt Vorjahr	Performance in %
Cash und Geldmarktforderungen	84.5	0.3	0.5	411.2	1.1
Darlehen/Obligationen CHF	17 271.9	7.4	6.2	6 271.8	2.8
Obligationen Fremdwährungen	7 012.7	5.1	- 1.0	- 5 231.1	- 3.6
Hypotheken	6 734.9	2.7	2.6	9 193.5	4.1
Immobilien Inland	16 497.7	2.9	5.1	29 896.8	5.3
Immobilien Ausland	- 3 007.7	- 8.6	34.3	- 8 946.2	- 21.3
Aktien Inland	39 559.4	21.6	23.2	- 84 511.4	- 37.3
Aktien Welt	31 597.6	14.0	27.2	- 133 062.7	- 40.6
Nettoergebnis aus Vermögensanlagen I	115 751.0	7.0	11.95	- 185 978.1	- 10.0
Nettoergebnis aus Vermögensanlagen II	116 677.7	7.1		- 146 324.0	- 8.1

Das Nettoergebnis I umfasst das Anlageergebnis aus den Vermögensanlagen ohne übrige Vermögenserträge / -aufwände.

Das Nettoergebnis II umfasst das Anlageergebnis über alle Vermögenserträge (inkl. Ertrag aus Annuität und Zinsgarantie) wie in der Betriebsrechnung unter Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen ausgewiesen.

Folgende Marktindizes werden zur Berechnung der Benchmark nach Anlagekategorie verwendet:

- Cash = Citigroup CHF Eurodeposits (3 Monate)
- Obligationen CHF = Swiss Bond Index AAA–A
- Obligationen Fremdwährungen = JP Morgan Global Traded Bond Index
- Hypotheken = BEKB Wohnbauhypotheken
- Immobilien Inland = KGAST Immo Index
- Immobilien Ausland = EPRA/NAREIT Global Index
- Aktien Inland = Swiss Performance Index
- Aktien Ausland = MSCI Welt ex Schweiz
- Gesamt = Eigener Benchmark gemäss Anlagestrategie (Customized)

Mit einer Performance von 7,4% erzielen die Obligationen CHF sowohl relativ zum Benchmark als auch in absoluten Zahlen ein sehr gutes Ergebnis. Dies ist vor allem auf eine starke Erholung der Unternehmensanleihen zurückzuführen, die im Jahr 2008 noch stark unter Druck waren. Das gleiche gilt für die Fremdwährungsanleihen (+ 5,1%), wo sich die Untergewichtung in Staatsanleihen ebenfalls klar ausbezahlt. Durch das Halten der im Jahr 2008 noch arg gebeutelten Positionen konnte zumindest ein Teil der im Vorjahr eingefahrenen Buchverluste wieder wett gemacht werden.

Die Hypotheken zeigen insgesamt ein befriedigendes Ergebnis, wobei sich die Zinssätze gegenwärtig auf einem historischen Tief bewegen.

Obschon der Mietertrag auf den Liegenschaften von CHF 24,4 Mio. auf CHF 25 Mio. im Berichtsjahr (entspricht einer Nettorendite von 5,1%) leicht gestiegen ist, wird das Ergebnis durch die neue Rechnungslegung bezüglich Instandsetzungskosten (vgl. Bemerkungen unter Ziffer 3.4) und Korrekturen auf den Verkehrswerten belastet. Die Überprüfung der ausgewiesenen Verkehrswerte auf einem Teilportfolio der Liegenschaften durch den neuen unabhängigen Gutachter führt letztlich zu Korrekturen auf den Buchwerten von netto CHF - 6,5 Mio. (entspricht einer Abwertung des Immobilienportfolios um rund 1,6%). Durch die Neubewertung der Liegenschaften und höheren Mieterträgen erhöht sich allerdings die Bruttorendite auf den Liegenschaften im Berichtsjahr von 6% auf 6,3%. Diese erwähnten Sonderfaktoren

führen insgesamt zu einer eher unterdurchschnittlichen Performance von 2,9% bei den Immobilien Inland.

Ein durchzogenes Bild zeigen ebenfalls die Immobilien Ausland. Die sehr volatilen Immobilienaktien konnten sich im letzten Jahr von ihren Tiefstständen wieder deutlich erholen. Wertkorrekturen waren aber noch auf den Anlagen zu verzeichnen, die direkt in ausländische Immobilien investieren. Dies führt dann auch dazu, dass die Benchmark für kotierte ausländische Immobilienbeteiligungen mit einer Performance von - 7,6% deutlich verfehlt wurde.

Auch das Ergebnis der Aktien bleibt mit 21,7% für Aktien Inland und 14% für Aktien Ausland hinter den jeweiligen Benchmarks zurück. Diese Unterperformance ist weitgehend auf die Private Equity Anlagen zurückzuführen, die ebenfalls im Berichtsjahr noch unter tieferen Bewertungen litten.

Nebst den erwähnten Abweichungen gegenüber der Benchmark in einzelnen Anlagekategorien wird die eigene Benchmark gemäss der Anlagestrategie vor allem deshalb verfehlt, weil zu Beginn des Jahres die Aktien mit 23% gegenüber der Strategie (32%) stark untergewichtet waren. Diese Politik zahlte sich im Jahr 2008 noch aus, drückte aber mit der Erholung der Märkte ab dem 2. Quartal 2009 auf die relative Performance. Die unter der Benchmark liegende Gesamtpformance von 7,1% ist demnach vor allem auf die reduzierten Risiken im Portfeuille und auf die zeitliche Verzögerung bei Bewertungsveränderungen von nicht-kotierten Anlagen zurückzuführen.

Vermögensverwaltungskosten	2009	2008
	CHF	CHF
Externe Vermögensverwaltungsmandate	1 136 464	1 474 879
Courtage/Stempel/Diverses	172 721	687 015
Interne Vermögensverwaltungskosten	0	206 403
Total Wertschriften	1 309 185	2 368 297
Externe Liegenschaftsverwaltungen	1 194 988	1 192 394
Interne Liegenschaftsverwaltungskosten	206 009	129 734
Total Liegenschaften	1 400 997	1 322 128

Der vermehrte Einsatz von indexnahen Fonds namentlich im Aktienbereich hat zu einer weiteren Reduktion der Vermögensverwaltungskosten geführt. Zudem werden nach der Integration des Wertschriftendienstes in die Kassenverwaltung die internen Vermögensverwaltungskosten bei den allgemeinen Verwaltungskosten ausgewiesen.

Die internen Liegenschaftsverwaltungskosten fallen im Berichtsjahr durch die Neubewertung eines Teils des Immobilienportfolios etwas höher aus.

Anlagen beim Arbeitgeber

Über **den Kontokorrent Stadtkasse** wird der grösste Teil des Zahlungsverkehrs wie alle Beiträge der Stadt, der angeschlossenen Organisationen und der Mitglieder, Hypothekarzinseingänge, Ausrichtung der Renten und Austrittsleistungen, Verwaltungskosten usw. abgewickelt. Die gegenseitige Limite beträgt CHF 30 Millionen. Die ausstehenden Guthaben angeschlossener Organisationen per Bilanzstichtag sind alle bezahlt worden. Der Saldo wird zum jeweiligen Kontokorrent-Zinssatz (Habenzins) der Berner Kantonalbank verzinst.

Unter **Barwert der Annuität** besteht ein Guthaben der PVK bei der Stadt Bern bezüglich geschuldeter Teuerungseinbaukosten, die auf die Jahre vor 1985 zurückgehen. Das Guthaben wird gemäss Beschluss des Stadtrates durch jährliche Annuitätenzahlungen von CHF 5,5 Mio. an die PVK getilgt.

Der Barwert der Annuität beträgt per 31. 12. 2009 CHF 14 946 972.- (Vorjahr: CHF 19 872 088.-). Die Verzinsung der Restschuld erfolgt zu 4%.

3.7 Erläuterungen weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand der PVK belief sich im Berichtsjahr auf CHF 1 784 681.– (Vorjahr: CHF 1 367 420.–). Die Personalkosten werden der PVK von der Direktion Finanzen, Personal und Informatik und die Mietkosten für die Büroräumlichkeiten von den Stadtbauten Bern in Rechnung gestellt. Der Verwaltungsaufwand pro versicherte

Person (ohne Vermögensverwaltungskosten beträgt rund CHF 205.– (Vorjahr: CHF 160.–). Diese Erhöhung der Kosten pro versicherte Person ist einerseits auf den Austritt von Police Bern zurückzuführen. Zudem werden die internen Vermögensverwaltungskosten neu unter den allgemeinen Verwaltungskosten ausgewiesen.

3.8 Auflagen der Aufsichtsbehörde

keine

3.9 Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage

Unterdeckung

Die Kasse befindet sich nach wie vor in einer Unterdeckung. Diese beträgt CHF 76.7 Mio. (Vorjahr: CHF 119.4) und führt zu einem Deckungsgrad nach Artikel 44 BVV2 von 95.8% per 31. 12. 2009 (Vorjahr: 93.4%). Damit konnte die Deckungslücke im Berichtsjahr um 2,4% reduziert werden.

Die primäre Ursache der Unterdeckung sind die hohen Buchverluste auf den Aktien und in geringerem Masse auf den Obligationen in Fremdwährungen aufgrund der heftigen Turbulenzen an den Finanzmärkten im Jahr 2008. Gemäss Personalvorsorgereglement Artikel 74 Absatz 1 garantiert zudem die Stadt die Versicherungsleistungen der Kasse nach den Bestimmungen des Personalvorsorgereglements.

Aufgrund dieser Tatsachen und der noch leichten Unterdeckung hat die Verwaltungskommission im jetzigen Zeitpunkt auf das Einleiten von sofortigen Sanierungsmassnahmen verzichtet. Die Anlagestrategie wurde durch die Verwaltungskommission im Berichtsjahr einer eingehenden Überprüfung unterzogen, wobei sich auch hier keine dringenden Massnahmen ergaben.

Im Übrigen hat der Gemeinderat mit Beschluss vom 24. Februar 2009 eine Totalrevision des Personalvorsorgereglements eingeleitet. Gemäss Auftrag des Gemeinderates sollen im Rahmen dieser Revision unter anderem noch bestehende systematische Finanzierungslücken im Reglement geschlossen werden. Die Inkraftsetzung des neuen Personalvorsorgereglements ist auf den 1. Januar 2013 geplant.

Eventualverpflichtungen

Keine

Überweisung von Austrittsleistungen an die Auffangeinrichtung

Im Berichtsjahr wurden keine Austrittsleistungen an die Auffangeinrichtung überwiesen. Es bestehen auch keine herrenlose Gelder, die der Auffangeinrichtung hätten überwiesen werden müssen.

3.10 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Keine